



**Kauft nicht bei Juden? –
Eine ideologietheoretische Betrachtung der
Kampagne „Boycott, Divestment, Sanctions“**

Freie wissenschaftliche Arbeit zur Erlangung des Grades
Master of Arts

Vorgelegt von:

Jan Batzer

[REDACTED]

[REDACTED]

Matrikelnummer: 19306

M.A. Studiengang Angewandte Medien- und Kulturwissenschaft

Erstgutachter: Prof. Dr. Malte Thran

Zweitgutachter: Lukas Boehnke

Merseburg, den 05.03.2019

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	2
2. Forschungsmethode	5
3. Verschwörungsideologie und antisemitisches Ressentiment	8
3.1 Theorie der Konspiration	8
3.2 Konspirationismus zwischen Theorie und Ideologie	16
3.3 Elemente des zeitgenössischen Antisemitismus.....	22
4. Diskursebenen um die Boykottbestrebungen gegen den Staat Israel... 30	
4.1 Die Kampagne „Boycott, Divestment, Sanctions“	30
4.2 Diskursive Hintergründe: Postkoloniale Identitätskonstruktion und Antizionismus.....	37
4.3 Kritik an israelischer Politik oder „Israelkritik“?	41
5. Der israelische Staat als Verschwörer - Analyse von Diskursverschränkungen	46
5.1 Boykott oder kulturelle Hegemonie?	47
5.2 Gegen die Normalisierung - die gesellschaftliche Konstruktion der Akteure	52
5.3 Handlungstheoretisches Definiens	58
6. Fazit	62
Quellenverzeichnis	66
Ehrenwörtliche Erklärung.....	72

1. Einleitung

Die Verunsicherung ist groß. Wo linke (Sub-) Kulturen in Deutschland eine gewisse Routine in der diskursiven Austragung von Konflikten an den Tag legen, scheint einer dieser Konflikte, der in den letzten Jahren regelmäßig medial aufgegriffen wird, schier unlösbar. Kernthemen linker Bewegungen, wie Kapitalismuskritik, Antirassismus, Emanzipation und Gerechtigkeit scheinen plötzlich in den Hintergrund zu treten und durch sich ausweitende Differenzen zu Nebensächlichkeiten abgewertet zu werden. Dabei sind es oft, auf den ersten Blick unscheinbare Äußerungen, an denen sich die Standpunkte verfestigen.

So sagte der linke Berliner Techno-Club „About Blank“ eine Veranstaltung des queer-feministischen Kollektivs „Room 4 Resistance“ in ihren Räumlichkeiten ab, nachdem diese einen Aufruf unter dem Hashtag #DJsforPalestine öffentlich in den sozialen Medien geteilt hatten. Daraus resultierte eine Diskussion, die gegenseitige Kritik, Boykottaufrufe und Gegenveranstaltungen nach sich zog (vgl. Mayroth 2018). Grund hierfür war die Tatsache, dass der Aufruf von der BDS-Kampagne koordiniert wurde, die sich international für einen wirtschaftlichen, kulturellen und akademischen Boykott Israels einsetzt. Die primäre Frage, warum ein Kollektiv, das sich für queere und feministische Belange einsetzt, einen Boykott Israels unterstützt, stellte sich an dieser Stelle bereits nicht mehr. Die Standpunkte schienen schon im Vorfeld geklärt und die Austragung des Konflikts konnte beginnen. Befürworter des Aufrufs sahen in der Aktion einen Weg ihre Solidarität mit der palästinensischen Zivilbevölkerung innerhalb der elektronischen Musikszene zum Ausdruck zu bringen. Der Krisendiagnose von BDS folgend, sind sie der Ansicht, dass der israelische Staat eine unterdrückerische und rassistische Politik gegen die Palästinenser betreibt und somit durch einen umfassenden Boykott und politische Sanktionen zur Beendigung dieser Missstände gezwungen werden muss. Das „About Blank“ und die Fürsprecher Israels reagierten mit einer Ablehnung des Aufrufs und Vorwürfen, dass die BDS-Kampagne die Abschaffung Israels fordere und damit antisemitisch sei. Die Clubbetreiber assoziieren das Vorgehen von BDS mit den Boykottaufrufen der Nationalsozialisten gegen jüdische Geschäfte, die in der

Parole „Kauft nicht bei Juden!“ ihren Ausdruck fanden (vgl. ebd.). Ebenso wird der Kampagne vorgeworfen, islamistische Terrorgruppen wie die Hamas zu legitimieren und den Nährboden für antisemitische Verschwörungstheorien zu bereiten. Kurz danach wurde die Verwirrung durch ein Statement komplettiert, in dem israelische Bürger ihre Solidarität mit der Musikerin Hiro Kone bekundeten. Das geplante Konzert der Musikerin in dem Leipziger Club „Pracht“ wurde nach Bekanntwerden ihrer Unterstützung für BDS vom Veranstalter abgesagt. Ebenso wurde in der Solidaritätsbekundung das „About Blank“ für sein Vorgehen kritisiert. Die Polarisierung des Konflikts zeigt sich dann endgültig, wenn Personen, die das Existenzrecht Israels verteidigen, eine Tätigkeit als „Sayanim“, also als passive Agenten des israelischen Geheimdienstes, unterstellt wird (Salzborn 2016). In dieser Darstellung vollzieht sich die Annahme einer Verschwörung durch den israelischen Staat zur Verschleierung seiner repressiven Politik und der Unterdrückung jeglicher Kritik an Israel.

Wie kann nun eine solche Situation bewertet werden, in der ein Aufruf in der Berliner Technoszene in einen Diskurs integriert wird, in dem sich Personen für einen Boykott Israels einsetzen, ihnen von der Gegenseite Antisemitismus vorgeworfen wird, was dann wiederum von Israelis kritisiert wird, die die Palästinenser als unterdrücktes „indigenes“ Volk bezeichnen (s. Boycott Israel 2018), und in dem sogar Verschwörungstheorien anknüpfen können? Sind die Elemente des Antisemitismus und das verschwörungstheoretische Denken der BDS-Kampagne also inhärent? Oder dienen die Vorwürfe nur der Diffamierung eines politischen Protests, der sich für die Rechte der Palästinenser einsetzt?

Diese Frage soll als Grundlage für die Analyse des Diskurses um die BDS-Kampagne dienen. Um den Forschungsgegenstand auf Elemente verschwörungstheoretischen und antisemitischen Denkens untersuchen zu können, wird im ersten Kapitel die Forschungsmethode der Diskursanalyse erläutert. Anschließend folgt eine einführende theoretische Darstellung des Konspirationismus und des zeitgenössischen Antisemitismus. Darauf aufbauend werden dann die gegensätzlichen Ebenen des Diskurses herausgearbeitet um diese schließlich im Diskurs selbst auszumachen und die Forschungsfrage anhand des Materials zu untersuchen.

Formale Anmerkung:

In der vorliegenden Arbeit wird auf eine gendergerechte Sprache verzichtet. Dieser Umstand ist einer besseren Lesbarkeit des Textes geschuldet und stellt keine bewusste Auslassung jedweder geschlechtlicher Zuschreibungen dar. Die Verwendung der männlichen Form schließt die gleichzeitige Nennung anderer Geschlechter mit ein.

2. Forschungsmethode

In der vorliegenden Forschungsarbeit soll die Kampagne „Boycott, Divestment, Sanctions“ anhand ihrer Selbstdarstellung, der Aussagen von Unterstützern und verschiedenen thematisch mit ihr in Verbindung stehenden Fachpublikationen untersucht werden. Diese Vielzahl, sich inhaltlich oft widersprechenden und verschiedenen Intentionen folgenden Äußerungen, lässt sich als Forschungsgegenstand unter dem Begriff „Diskurs“ zusammenfassen. Der Diskursbegriff bietet hier einerseits die nötige Offenheit, um die zu untersuchende Kampagne ohne inhaltliche Verkürzungen, die begrifflichen Abgrenzungen geschuldet sein können, zu betrachten. Andererseits impliziert er auch die wechselseitigen Prozesse, welche neben den rein semiotischen Aspekten der Äußerungen ablaufen können. Wird der Diskurs um die BDS-Kampagne untersucht, so erfolgt der Versuch, Prozesse zu beschreiben, wie innerhalb der Kampagne Sinn konstruiert wird (vgl. Angermüller 2014: 17) und welche grundlegenden ideologischen Elemente diese Sinnkonstruktion begleiten. Dies wird auch als „dekonstruktive Lektüre“ bezeichnet (vgl. Wrana 2014: 638). Dafür werden mithilfe einer qualitativen Diskursanalyse die Äußerungen, welche die BDS-Kampagne legitimieren sollen, untersucht, „um fallspezifischen Logiken gerecht zu werden, Brüche im Diskurs herauszuarbeiten, die Kontexte des Sprachgebrauchs einzufangen oder diskursive Praktiken zu beobachten“ (ebd.: 25). Diese Methode wird nicht nur auf inhaltliche, sondern auch ästhetische Aspekte ihrer Kommunikation angewandt, da auch innerhalb der Gestaltung bestimmte Bedeutungen hergestellt und vermittelt werden. Angermüller führt dazu weiterhin aus:

„Was den Diskurs als Gegenstand zu einer besonderen methodologischen Herausforderung für die Diskursanalyse macht, ist, dass er sich aus verschiedenen Komponenten zusammensetzt und in seiner heterogenen Beschaffenheit betrachtet werden muss. Er kann nicht auf die Sprache und ihre Manifestationen (Worte, Sätze, Texte...) reduziert werden.“ (ebd.)

Ein besonderes Augenmerk der Untersuchung wird dabei auf dem Kontext, also den sozialen und materialen Gegebenheiten, unter denen der Diskurs stattfindet (vgl. ebd.), liegen. Ausgehend von der Forschungsfrage werden im Sinne einer

qualitativen Analyse, die relevanten Aspekte der Kommunikation herausgefiltert und anhand der in Kapitel 3 beschriebenen Theoriekriterien auf den in Kapitel 4 beschriebenen Diskursebenen einer Einschätzung unterzogen. Dass sich eine qualitative Methode bei dem vorliegenden Forschungsgegenstand zielführender als eine quantitative Methode darstellt, ist dem Umstand geschuldet, dass das Material, welches direkt aus der Kampagne hervorgeht, besonders im deutschsprachigen Raum, keinen sonderlich großen Umfang aufweist. Darum kann der Diskurs weniger anhand seines Umfangs begutachtet werden, sondern vielmehr anhand seiner inhaltlichen Tiefe und den verbundenen Konnotationen. Um die Diskursverschränkungen, welche im fünften Kapitel der Arbeit untersucht werden, beschreiben zu können, werden Ansätze aus der politikwissenschaftlichen Diskursforschung zu Rate gezogen. Diese gehen von einer Verschränkung von Macht, Akteur, Institutionen und politischen Problemstellungen innerhalb des Diskurses aus (vgl. Herschinger/Nonhoff 2014: 193), was bei der Betrachtung einer zivilgesellschaftlichen Kampagne, welche Probleme ausgehend von einem Staat als politischer Institution ausmacht, zielführend erscheint. Oder wie Wedl, Herschinger und Gasteiger es formulieren:

„Wenn es Diskursanalysen um Problematisierungen und das Aufdecken von Regeln geht, die Diskurse strukturieren, um die Ordnung der Diskurse, um das Sichtbarmachen von Normierungen, dann geht es häufig auch um die Frage, wie hierin Macht eingewoben ist.“ (Wedl / Herschinger / Gasteiger 2014: 544)

In Bezug auf den Forschungsgegenstand wird in der vorliegenden Arbeit die „in Zeichen fixierte Kommunikation“ (Wedl / Herschinger / Gasteiger 2014: 537) rund um die Kampagne untersucht. Diese ließen sich auch mit der Methode der Inhaltsanalyse beschreiben, wodurch ein relativ geregeltes methodisches Vorgehen gegeben wäre. Dieses begründet sich allerdings zunehmend aus einem empiristischen Erkenntnisinteresse. Wie noch zu sehen sein wird, bezieht sich die Kommunikation der Kampagne jedoch eher selten auf empirisch belegbare Tatsachen, sondern schafft schon von Beginn an eigene diskursive Interpretationen, welche in umfangreicheren Kontexten analysiert werden müssen um dem Forschungsinteresse zu dienen. Um den Gegenstand umfassend betrachten zu können, muss ebenso eine Reflexion der, innerhalb

des Diskurses durch Zeichen vermittelten, repräsentierten und konstruierten Realität erfolgen (vgl. ebd.: 542). Hier wird vom sozialwissenschaftlichen Paradigma ausgegangen, dass Wahrheit bzw. subjektive Wirklichkeit keine objektiven empirischen Größen außerhalb des Diskurses darstellen, sondern vielmehr innerhalb desselben hergestellt werden (vgl. Reckwitz 2003). Dementsprechend wird hier nicht von einer wertfreien Zeichenproduktion im prädiskursiven Raum ausgegangen. Die Gegebenheiten, auf die sich die verschiedenen Sprecher des Diskurses beziehen, sind zwar schon vor diesem vorhanden, aber hier ist von besonderem Interesse, wie die Akteure die Gegebenheiten interpretieren, bewerten und dann innerhalb des Diskurses (re-)konstruieren. Geht man von der poststrukturalistischen Diskursanalyse aus, kann man innerhalb des Diskurses nicht nur die Konstruktion von Wirklichkeiten nachvollziehen. Auch die sprechenden Subjekte können nicht unabhängig vom Diskurs gedacht werden. „Das Subjekt wird erst durch den Diskurs als Ort seines Sprechens, Fühlens und Handelns geschaffen.“ (Stäheli 2000: 48) Die Untersuchung lässt also in diesem Fall nicht nur Rückschlüsse auf den Gegenstand selbst zu, sondern versucht ebenso nachzuvollziehen, wie sich die Sprecher zu ihm verhalten und sich durch ihn verändern bzw. sich innerhalb des Diskurses erst als Subjekte definieren.

Nun könnte sich im Verlauf des Forschungsprozesses das Problem einer mangelnden Validität der Forschungsergebnisse herausstellen. Diese würde aus einer überhöhten Bedeutung von Kontingenz resultieren, also der Begründung, dass sich der Diskurs immer wieder durch verschiedenste Faktoren individuell zusammensetzt. Hier bestünde die Gefahr, dass ein deduktiver Erkenntnisprozess von den theoretischen Vorbetrachtungen in Kapitel 3 auf den Forschungsgegenstand nahezu unmöglich wäre. Dem soll im Verlauf der Arbeit entgegengewirkt werden, indem der Prozess permanent einer Reflexion unterzogen wird, um dann anschließend durch die induktive Diskursanalyse auf seine Stichhaltigkeit überprüft zu werden.

3. Verschwörungsideologie und antisemitisches Ressentiment

Um der Forschungsfrage nachzugehen, ob die Kampagne „Boycott, Divestment, Sanctions“ (BDS) innerhalb ihrer Äußerungen und Zielsetzungen antisemitische und verschwörungstheoretische Elemente kommuniziert und reproduziert, werden in diesem Kapitel zuerst die theoretischen Grundlagen erörtert. Aufbauend auf diese Grundlagen wird anschließend eine fundierte Diskursanalyse ermöglicht. Dabei werden hier zuerst verschiedene Überlegungen zu Verschwörungstheorien untersucht und auf ihre Potenziale zur Herausbildung und Legitimation von Ideologien überprüft. Anschließend folgt eine ideologietheoretische Einordnung des zeitgenössischen Antisemitismus (in Abgrenzung zum historischen Antisemitismus, etwa im Mittelalter oder im Nationalsozialismus). Ziel des Kapitels ist es, dabei nicht nur ein theoretisches Fundament für die weiteren Untersuchungen zu geben, sondern auch der Frage nachzugehen, welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Antisemitismus und Verschwörungstheorien bestehen.

3.1 Theorie der Konspiration

Schon zu Beginn dieser Forschungsarbeit stellt sich die Frage, warum man die BDS-Kampagne überhaupt mit Verschwörungstheorien in Verbindung bringen sollte und warum eine theoretische Vorbetrachtung von Verschwörungstheorien zielführend wäre. Diese Frage lässt sich nicht vorweg beantworten, soll aber anhand eines kurzen Beispiels im weiteren Verlauf dieses Abschnitts erörtert werden: Betrachtet man die offizielle Homepage der BDS-Kampagne (www.bdsmovement.net), so findet man in dem kurzen einführenden Überblick zu BDS folgende Erklärung:

„Boycott, Divestment, Sanctions (BDS) is a Palestinian-led movement for freedom, justice and equality. BDS upholds the simple principle that Palestinians are entitled to the same rights as the rest of humanity.“
(BDS 2018a)

Bei der Betrachtung dieser Formulierung ist besonders der zweite Satz interessant. Das Prinzip der Kampagne, in welchem festgestellt wird, dass den

Palästinensern dieselben Rechte wie dem Rest der Menschheit zugeschrieben werden sollen, beinhaltet bereits die Vermutung, dass es Personen geben muss, die ihnen diese Rechte absprechen. Dabei steht auch außer Frage, dass diese Entrechtung der Palästinenser nur aus einer böswilligen Absicht heraus geschehen kann. Schließlich setzt sich die Kampagne für Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit ein, womit sie konstatiert, dass die palästinensische Bevölkerung aktuell in Umständen lebt, in denen diese Forderungen von einer übergeordneten Macht bewusst nicht erfüllt werden. Die Frage, wie sich hiervon Rückschlüsse auf Verschwörungstheorien ziehen lassen, soll nach den folgenden Betrachtungen zur Logik verschwörungstheoretischen Denkens an anderer Stelle wieder aufgegriffen werden.

Das Phänomen der Verschwörungstheorien erfährt in den letzten Jahren eine zunehmende mediale - und damit auch gesellschaftliche - Aufmerksamkeit. Dabei lässt sich nachweisen, dass es sich hierbei keineswegs um ein Phänomen der Moderne handelt:

„Die Strategie, verwirrende und damit oft Angst einflößende Ereignisse durch eine Verschwörung zu ›erklären‹ und auf diese Weise zu entschärfen, hat tatsächlich eine lange Geschichte. Sie zieht sich von den Pestepidemien des Mittelalters, die der jüdischen Minderheit angelastet wurden, bis zu den Niederlagen auf dem Schlachtfeld, für die, wie etwa im Ersten Weltkrieg, Verschwörer an der Heimatfront verantwortlich gemacht wurden.“ (Hepfer 2015: 18)

In seinem Text „Die verschwörungstheoretische Versuchung oder: why do bad things happen to good people?“ (Groh 1992) erarbeitet der Historiker Dieter Groh eine Genealogie von Verschwörungstheorien und versucht gleichzeitig die immanenten Funktionen des Verschwörungsdenkens herauszuarbeiten. Da es im Folgenden auch um die Logik gehen soll, mit der sich dieses Denken vollzieht, werde ich mich wiederholt auf Grohs Ausführungen beziehen.

Grundlegend lässt sich zunächst festhalten, dass jedes Verschwörungsdenken von einer Situation ausgeht, in der mehrere Gruppen von Menschen in Konflikt miteinander stehen. Die eigene Gruppe charakterisiert sich darin als gut, anständig und rechtmäßig (vgl. Groh 1992: 267). Trotz des guten Charakters dieser Gruppe, widerfährt ihr allerdings fortlaufend und unverdientermaßen ein Unheil, dass sie nicht selbst verschulden kann, eben da sie ja gut, anständig und

rechtmäßig ist. Die Ursache für das Unheil muss demzufolge in einer zweiten Gruppe von Menschen ausgemacht werden. Diese steht antagonistisch zur ersten Gruppe und versucht dieser permanent zu schaden oder sie gar auszulöschen. Damit finden wir ein Weltbild vor, das eine klare Trennung zwischen Gut und Böse vornimmt. Innerhalb dieses binären Gegensatzes gibt es keine Zwischenstufen oder Abweichungen. Die Zugehörigkeit zur guten oder zur bösen Gruppe ist absolut. Der britische Historiker Geoffrey Cubitt beschrieb 1989 in einem Aufsatz, wie die beiden gegensätzlichen Gruppen innerhalb des Verschwörungsdenkens konstituiert werden. *„First, by emphasizing, or at least implying, the natural unity and cohesiveness of the non-conspirational majority [...]“* (Cubitt 1989: 15). Der „guten“ Gruppe der Mehrheit, die nicht an der Verschwörung beteiligt ist, wird ihm zufolge, eine natürliche Einheit und ein starker Zusammenhalt zugeschrieben. Dieser Gruppe ordnen sich Verschwörungstheoretiker selbst zu, da ihre Intention ja die Aufdeckung der schädlichen Aktivitäten der anderen „feindlichen“ Gruppe ist. Dieser Logik nach, muss das, was der Verschwörungstheoretiker als Unheil identifiziert, ein Unheil sein, das der gesamten Gruppe schadet, auch wenn es nicht von allen Gruppenmitgliedern erkannt wird. Er selbst ist jedoch aufgeklärt und somit in Besitz „der Wahrheit“, was ihn dazu verpflichtet möglichst viele andere Gruppenmitglieder über die wahren Umstände, in denen sie sich befinden, aufzuklären. Zur Konstitution der zweiten Gruppe führt Cubitt aus: *Secondly, the binary vision is reinforced by the implication that whatever cannot be harmoniously assimilated to the pole of Good, must be viewed as a cunningly laid stepping-stone towards the pole of Evil and thus as an integral part of the Evil conspiracy“* (ebd.: 16). Er geht also davon aus, dass das binäre Denken etwaige Widersprüche zu dem, was es als „das Gute“ ausmacht, nur insofern auflösen kann, als dass es als ein Indiz für die Aktivität „des Bösen“ ausgemacht wird. Schließlich lassen die imaginierte Homogenität und Solidarität der eigenen Gruppe keine Abweichungen zu. Hierin bestätigt sich die oben aufgestellte Behauptung, dass dieses Weltbild keine Abstufungen zwischen den beiden gegensätzlichen Polen zulässt. Der Verschwörungstheoretiker findet somit im Widerspruch einen unumstößlichen Beweis für die Existenz der Verschwörung.

Groh bezeichnet solche Deutungen auch als „manichäische Weltbilder“ (Groh 1992: 273), also Weltbilder, die den absoluten Gegensatz von Gut und Böse verinnerlicht haben. Wie sich die Gruppe der Verschwörer konkret zusammensetzt ist dabei von untergeordneter Bedeutung und wird in vielen Verschwörungstheorien eher mit vagen Gruppenbeschreibungen, wie „den Eliten“ oder „den Juden“, beantwortet.

Wichtig ist hierbei lediglich, dass das Unheil nie von einer einzelnen Person ausgehen kann, sondern immer von mindestens zwei Personen (einer Gruppe) ausgehen muss. Michael Butter leitet dieses Charakteristikum bereits am Begriff ab: „Das englische Wort für Verschwörungstheorie, *conspiracy theory*, stammt vom lateinischen Verb *conspirare*, dass übereinstimmen oder zusammenwirken bedeutet.“ (Butter 2018: 21) Dieses Zusammenwirken vollzieht sich allerdings nicht öffentlich - geschweige denn, dass diese Gruppe ihre Pläne offenlegen würde - sondern stets im Geheimen. Warum „die Verschwörer“ ihre Aktivitäten nicht öffentlich vollziehen, lässt sich mit dem „konspirationstheoretischen Paradox“ (Groh 1992: 270) erklären. Dieses Paradox beinhaltet, dass die Verschwörer als „mächtig und schwach zugleich“ (ebd.) charakterisiert werden. Die homogene Gruppe der Verschwörer stellt sich zum einen als mächtig genug heraus, die globalen Geschehnisse zu beeinflussen oder sogar zu beherrschen, und dies meist schon seit längerer Zeit. Andererseits sind sie zu schwach diese Macht zu ihrem eigenen Nutzen zu verwerthen. Deshalb ist es für die als gut und rechtschaffen charakterisierte eigene Gruppe auch möglich gegen die Verschwörer vorzugehen, vorausgesetzt sie wird über deren Machenschaften aufgeklärt (vgl. ebd.). Aufgrund dieser Angst vor der Offenlegung ihrer Aktivitäten und der zu erwartenden Gegenwehr agieren die Verschwörer also lieber im Verborgenen. Der Umstand, dass sich die Absichten der Verschwörer in Vergangenheit und Zukunft bei einer ausbleibenden Gegenwehr ungestört durchsetzen ließen, bezeichnet Groh als das „handlungstheoretische Definiens“ (ebd.) von Verschwörungstheorien. Neben dem manichäischen Weltbild herrscht ein „mechanistisches Weltbild“ (Butter 2018: 59), also die Vorstellung, dass Geschichte ein Resultat von Handlungssubjekten ist. Cubitt bezeichnet diesen theoretischen Zugang zu Verschwörungstheorien als Intentionalismus

(„*intentionalist account*“, Cubitt 1989: 14). Geschichte wird hier nicht als ein Zusammenwirken komplexer Systeme, widersprüchlicher Interessen und unvorhergesehener Effekte gedeutet, sondern als Produkt gezielter menschlichen Wirkens. Demzufolge resultieren Ereignisse immer aus genau einer bestimmten Absicht und sind monokausal erklärbar. Innerhalb dieses Denkmusters erhebt sich der Mensch selbst vom Referenzsubjekt zum Handlungssubjekt der Geschichte (vgl. Groh 1992: 269). Zum einen ist er somit in der Lage alle Ereignisse auf menschliche Intentionen, wie die Absichten einer Gruppe von Verschwörern, zurückzuführen. Zum anderen kann er sich innerhalb dieses Geschichtsverständnisses selbst ermächtigen und sich vergewissern, dass er durch sein Handeln Einfluss auf den Verlauf der Geschichte nehmen kann. Beide Deutungen, die manichäische und die mechanistische, erfüllen im konspirationistischen Denken bestimmte Funktionen. Die erste Funktion dieser Deutungsmuster lässt sich mit der Reduktion komplexer sozialer Wirklichkeiten beschreiben. Zum einen ermöglicht diese die Reduktion dissonanter Wahrnehmungen (Groh 1992: 273). So lassen sich mithilfe des Konspirationismus verschiedene Widersprüchlichkeiten, die sich bei der Wahrnehmung gesellschaftlicher Realitäten auftun, in vereinfachten Deutungsmustern auflösen. Zum anderen reduzieren sie die Komplexität gesellschaftlicher Verhältnisse und erleichtern somit die Strukturierung des eigenen Denkens. Die zuvor angeführten Quellen sind sich weitestgehend einig darin, dass Verschwörungstheorien besonders in Krisenzeiten eine zunehmende Verbreitung finden. In diesen Zeiten zunehmenden Drucks auf das Individuum und gesellschaftlicher Konflikte gewinnen Deutungsmuster mit komplexitätsreduzierender Funktion an Attraktivität. Nicht nur gesellschaftliche Widersprüchlichkeiten lassen sich so auflösen. Auch Eigenschaften, die beim Individuum innere Konflikte auslösen, können in der Projektion dieser Eigenschaften auf die Verschwörer miteinander in Einklang gebracht werden (vgl. Hepfer 2015: 131). Die zweite Funktion bezieht sich auf den zuvor beschriebenen Intentionalismus. Dieser sorgt nicht nur dafür, dass sich Individuen zu „Herrn von Verhältnissen, deren Herr sie gerade nicht sind“ (Groh 1992: 274) machen können, sondern entlasten das Individuum auch gleichzeitig

von einer Mitschuld an den bestehenden Verhältnissen. Wenn die bestehenden gesellschaftlichen Gegebenheiten aus der Absicht einer Gruppe von Menschen resultieren müssen, diese aber nicht den eigenen Absichten entsprechen, so kann der Grund dafür nur sein, dass eine Gruppe mit feindlichen Absichten diese Verhältnisse beherrscht. Die Einnahme der Opferrolle kann hier auch eine Selbstermächtigung bedeuten, da damit ein Feind personifiziert wird, der für das Übel verantwortlich ist und den es zu bekämpfen gilt. Oder wie Cubitt es formuliert: „*conspiracy myths offer excuses for the non-appearance of Utopia*“ (Cubitt 1989: 16).

Betrachtet man nun noch einmal das anfangs erwähnte Zitat aus der Selbstbeschreibung der BDS-Kampagne, so fällt auf, dass hier schon grundlegende Annahmen einer Verschwörung erfüllt sein können. Die Palästinenser werden als eine homogene Gruppe charakterisiert, welche Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit fordert, in ihren Bestrebungen also moralisch rechtschaffen ist. Nun existieren jedoch Kräfte, welche verhindern, dass diese Gruppe ihre rechtmäßigen Forderungen bisher nicht durchsetzen konnte und von denen sie wiederholt marginalisiert wird. In einer Verschwörungstheorie müssten dies die Verschwörer sein. Diese werden in dem kurzen Zitat jedoch nicht benannt. Nun bleibt in der weiteren Analyse des Diskurses zu überprüfen, ob sich die Logik konspirativen Denkens hier vollzieht, indem die Gruppe der Verschwörer ausgemacht wird. Dies kann durch die drei vorgestellten Charakteristika des Verschwörungsdenkens aber nur in Ansätzen geleistet werden.

Da Verschwörungstheorien oft den Anspruch haben, allumfassende Erklärungen für gesellschaftliche Verhältnisse zu bieten, müssen diese spezifischer analysiert werden. Anders als Cubitt schlägt Groh eine ausführlichere Taxonomie vor, nach der, aufbauend auf die vorangegangenen Ausführungen, verschiedenste Verschwörungstheorien eingeordnet und beschrieben werden können (vgl. Groh 1992: 270 ff.). An dieser Stelle sollen nun die später zu verwendenden Analysekatoren kurz umrissen werden. Da für die vorliegende Untersuchung nicht alle vorgeschlagenen Kategorien sinnvoll erscheinen, werden hier nur die auf den Gegenstand anzuwendenden beschrieben.

Nachdem das handlungstheoretische Definiens oben schon erläutert wurde, wird nun die inhaltliche Bestimmung von Verschwörungstheorien als nächste Kategorie erörtert. Die Inhaltsanalyse von Verschwörungstheorien erscheint als die grundlegendste Form ihrer Betrachtung. Hier wird die Gruppe der Verschwörer bestimmt, das Problem bzw. Unheil, das sie verursacht und die Gruppe, welcher sie schadet. Zugleich kann meist auch der Urheber der Theorie mitbestimmt werden, da dieser sich meist zu den von der Verschwörung Geschädigten zählt. Gleichzeitig kann hier aber auch schon der Modus der Interferenz (Butter 2018: 69) analysiert werden. Dieser beinhaltet die Ableitungen und Schlussfolgerungen, welche der Urheber der Theorie zieht und wie diese auf die Verschwörung zurückgeführt werden.

Als nächste Kategorie gilt es die Form einer Verschwörungstheorie zu untersuchen. Hier stellt sich auch die Frage, ob überhaupt von einer Theorie im wissenschaftlichen Sinn, mit Paradigmen und einer logisch konsistenten Argumentation, gesprochen werden kann. Manche Verschwörungstheorien gleichen in ihrer formalen Struktur eher Deutungsmustern oder Alltagstheorien oder auch Mythen. So unterscheidet Cubitt zum Beispiel bewusst zwischen „*conspiracy myths*“ und „*conspiracy theories*“, führt aber gleichzeitig aus, dass es sich bei Verschwörungsmysmen um bereits vorhandene historische Narrative handelt, die von den Menschen zur Erklärung bestimmter Ereignisse verinnerlicht wurden und von den, in seinen Augen moderneren, Verschwörungstheorien aufgegriffen wurden um gegenwärtige Ereignisse zu beschreiben (Cubitt 1989: 13). Eine formale Bestimmung des Gegenstandes ist in jedem Fall nützlich, da sie auch Rückschlüsse auf dessen Entstehung und Funktion zulässt.

Auch eine geographische Einordnung von Verschwörungstheorien kann stichhaltige Erkenntnisse über selbige liefern. Hier unterscheidet Groh zwischen universalen und lokal-regionalen Verschwörungstheorien (Groh 1992: 271). Universale Verschwörungstheorien besagen, dass die Verschwörer überall tätig sind und die Verschwörung eine globale Infrastruktur besitzt. Bei lokal-regionalen Verschwörungstheorien sind die Verschwörer lediglich in einem bestimmten, geographisch eingrenzbaeren Gebiet tätig.

Dies steht wiederum in Zusammenhang mit dem historischen Kontext, welcher die nächste Analysekategorie darstellt. Hier werden die jeweils vorherrschenden Umstände berücksichtigt, unter denen eine Verschwörungstheorie entstanden ist. Da Verschwörungstheorien eine „Affinität zur Wirklichkeit“ (Groh 1992: 271) besitzen, passen sie sich den jeweils vorherrschenden Deutungsmustern an, besitzen also eine „historische Variabilität“ (ebd.). Anders ausgedrückt: wenn Verschwörungstheorien den Anspruch erheben, Erklärungen für die gesellschaftliche Wirklichkeit zu liefern, dürfen diese Erklärungen nicht zu sehr von bereits vorhandenen Deutungen abweichen, um Glaubwürdigkeit zu erlangen.

Wie oben bereits erwähnt wurde, variiert die Beschreibung der Verschwörergruppe in ihrer Konkretheit bei vielen Verschwörungstheorien. Als analytische Kategorie ist hierbei entscheidend, wie diese Gruppe gesellschaftlich konstruiert wird. Hierbei kann die Verschwörung von einer, ohnehin von der eigenen durch Zuordnungen wie Nationalität, Religion oder Klasse unterscheidbaren, Gruppe ausgehen. Möglich ist aber auch, dass die Verschwörer sich nicht anhand der gegebenen Kriterien von der eigenen Gruppe unterscheiden und somit erst durch ihre Charakterisierung als Verschwörer ausgegrenzt werden. In beiden Fällen geschieht die Konstruktion der Gruppe durch „Sozialimagination“ (ebd.: 273).

Wie sich die Struktur einer Verschwörungstheorie, also das Weltbild, welches ihr zugrunde liegt, beschreiben lässt, wurde oben bereits beschreiben. Ebenso welche Funktionen die Verschwörungstheorien innerhalb des Denkens ihrer Vertreter erfüllen können. Hier bleibt noch zu ergänzen, dass, besonders in Hinblick auf den vorliegenden Forschungsgegenstand, sie nicht nur individuelle Erklärungsansätze für das Schicksal einzelner Personen liefern können, sondern ebenso zur Legitimation der Ziele bestimmter Menschengruppen, politischen Programmen und Aktionen bis hin zu ganzen Staatsdoktrinen, dienen können. Dieser Umstand soll im folgenden Abschnitt genauer betrachtet werden.

3.2 Konspirationismus zwischen Theorie und Ideologie

Gehen wir davon aus, dass Verschwörungstheorien der Erklärung eines individuell erfahrenen Unheils oder von einer Person als unrechtmäßig erfahrenen Umständen dienen, so widersprechen diese einer vermeintlichen offiziell vertretenen Wahrheit. Diese Wahrheit wird im sog. „Mainstream“ verortet und von den Stellen geteilt, welche in den Augen der Verschwörungstheoretiker die aktuelle Deutungshoheit über die Geschehnisse innehaben. Hierzu zählen in erster Linie die politischen Machthaber und die Medien mit der größten Reichweite („Mainstreammedien“ oder „Lügenpresse“). Diese Herleitung stellt sich allerdings bei genauerer Betrachtung als unzureichend heraus.

Zuerst lässt sich festhalten, dass Verschwörungstheorien nicht nur zur Auflösung individuell erfahrener Widersprüche dienen. Dieser Erklärungsansatz sorgt oftmals dafür, dass Verschwörungsdenken im Sinne einer individualpsychologischen Störung pathologisiert wird. Der Politologe Richard Hofstadter bezeichnete dies in den 60er Jahren, mit Hinblick auf den Glauben an eine kommunistische Verschwörung in den USA der McCarthy-Ära, als „*paranoid style*“ (vgl. Hepfer 2015: 125ff.). Im vorangegangenen Kapitel wurde festgehalten, dass sich Verschwörungstheoretiker stets als Teil einer homogenen Gruppe rechtschaffender Menschen einordnen. Das Unheil, welches ihnen widerfährt, ist nicht nur ihr eigenes Unheil, sondern das einer Gesamtheit. Bedenkt man dazu, dass Verschwörungstheorien, um überhaupt Beachtung zu finden, von einem Minimum an Personen geglaubt und geteilt werden müssen, konstituiert sich diese Gruppe nicht nur durch die Projektionen des Verschwörungstheoretikers, sondern ganz real durch die Anhänger der Theorie. Hier von einem plötzlich auftretenden kollektiven Wahn, wie bei Hofstadter, zu sprechen, würde die sozialen Funktionen von Verschwörungstheorien lediglich auf psychologische Muster reduzieren. Verschwörungstheorien schaffen durch ihre Kommunikation aber zugleich ein gewisses Maß an Organisation, und sei es lediglich zwischen dem Urheber und seinen Anhängern bzw. „Followern“, wie man sie in den aktuelleren Strukturen sozialer Netzwerke bezeichnen könnte. Sie können also sowohl individuelle, als auch kollektive Identitäten herstellen. In

ihnen zeigt sich „das Welt- und Selbstverständnis und das Wertesystem von einzelnen Menschen oder ganzen Gesellschaften“ (Hepfer 2015: 119).

Zweitens gilt es festzuhalten, dass Verschwörungstheorien nicht zwangsläufig der offiziell vertretenen Deutung von Geschehnissen und Umständen widersprechen müssen, sondern sogar als offizielle Version fungieren können. So vertraten etwa die politischen Eliten der Nationalsozialisten die Theorie von der „jüdischen Weltverschwörung“ (vgl. Burrin 2004) und auch heute werden, beispielsweise in Osteuropa oder der arabischen Welt, Verschwörungstheorien von Regierungen und Medien als offizielle Auslegung verbreitet (vgl. Butter 2018: 50). Diese Ermächtigungsprozesse durch Verschwörungsglauben, welche oben am Individuum beschrieben wurden, lassen sich ebenso auf Kollektive mit politischer Zielsetzung übertragen. So lässt sich die Rechtschaffenheit des eigenen Kollektivs, das Vorhandensein eines mächtigen politischen Gegners und die Notwendigkeit des Handelns gegen den Gegner legitimieren. Da es Verschwörungstheorien gelingt, diese drei Gegebenheiten in besonders zugespitzter Form zu formulieren, lassen sich hieraus besonders drastische Maßnahmen begründen, die unter anderen Umständen keine Zustimmung gefunden hätten (vgl. Hepfer 2015: 125). Aufgrund der politischen Legitimationsfunktion werden Verschwörungstheorien oft mit politischen Ideologien verglichen oder strukturell gleichgesetzt. Dies lässt sich darauf zurückführen, dass Verschwörungstheorien ihre Eigenschaften als Theorien im wissenschaftlichen Sinne abgesprochen werden sollen. Hierfür wird der pejorative Begriff der Ideologie verwendet, der besonders in politischen Kontexten zur Abwertung einer gegensätzlichen Position angeführt wird. Armin Pfahl-Traughber attestiert, dass Verschwörungstheorien, neben ihrer zirkulären und nicht systematischen Argumentationsweise, nie ihre Grundannahmen reflektieren, sondern diese dogmatisch als unveränderbar und wahr voraussetzen, was sie als Theorien disqualifiziert (vgl. Pfahl-Traughber 2002: 31f.). Dem kann jedoch mit dem weiter gefassten Theoriebegriff von Hepfer entgegnet werden, dass auch Verschwörungstheorien Merkmale wissenschaftlicher Theorien aufweisen:

„Theorien sind vereinfachte Modelle der Wirklichkeit. Sie bestehen aus einem System von Sätzen, die aufeinander verweisen und sich gegenseitig stützen und begründen. Ziel einer Theorie ist es (für gewöhnlich), durch Verallgemeinerung und durch die Konzentration auf einige Merkmale des zu erklärenden Phänomens klare und logisch folgerichtige Antworten auf bestimmte Fragen zu finden.“
(Hepfer 2015: 23)

In den von Hepfer genannten Merkmalen finden sich auch die oben genannten Charakteristika von Verschwörungstheorien wieder. Auch sie bieten Modelle zur Erklärung von Phänomenen und arbeiten dabei mit Sätzen, die sich aufeinander beziehen. Auch die logische Nachvollziehbarkeit ist bei Verschwörungstheorien gegeben, solange man sich innerhalb ihrer immanenten Logik bewegt. Die Aberkennung des Prädikats „Theorie“ scheint somit kaum noch gegeben. Michael Butter schlägt demzufolge vor, Verschwörungstheorien weniger mithilfe des Theoriebegriffs einer Kritik zuzuführen, sondern vielmehr anhand ihrer falschen Paradigmen. Diese Annahmen zur menschlichen Handlungsfähigkeit und den Abläufen und Kausalitäten geschichtlicher Prozesse lassen sich wissenschaftlich widerlegen (Butter 2018: 55f.). Das Phänomen, dass Menschen trotzdem an falschen Paradigmen festhalten, obwohl diese mehrfach widerlegt wurden, findet sich allerdings auch in wissenschaftlichen Diskursen.

Wenn sich das Denken einer Reflexion der eigenen Grundannahmen verweigert, macht es sich der Ideologie verdächtig, was wieder auf die Kritik Pfahl-Traughbers rückführbar wäre. Er schlägt vor, stattdessen von „Verschwörungsideologien“ zu sprechen. Dabei bezieht er sich auf den eng gefassten Ideologiebegriff von Marx und Engels, demzufolge Ideologie immer eine Illusion ist, welche von der herrschenden Klasse zur Legitimation der Verhältnisse gegenüber den ausgebeuteten Klassen eingesetzt wird, also ein falsches Bewusstsein herbeiführt (vgl. Eagleton 2000: 95). Für das Forschungsziel dieser Arbeit wäre ein solcher Ideologiebegriff allerdings zu limitiert, da sich die Analyse von vornherein im Urteil des falschen Bewusstseins erschöpfen würde. An dieser Stelle gilt es nun einen Ideologiebegriff zu erarbeiten, mithilfe dessen sich der Forschungsgegenstand adäquat untersuchen lässt.

Die Ideologieforschung bietet eine Vielzahl an Definitionen und Bedeutungszusammenhängen, mit denen versucht wird Ideologie an sich zu erklären. Terry Eagleton benennt in seiner umfassenden Einführung zur Ideengeschichte der Ideologie allein 16 verschiedene Definitionen (vgl. Eagleton 2000). Darin zeigt sich die Vielfalt und Wandelbarkeit des Ideologiebegriffs, welche die Diskursanalyse im vorliegenden Fall erheblich erschwert. Peter Tepe hat die Definitionsvielfalt in ein systematisches Schema zur Arbeit an Ideologietheorien überführt. Dabei unterscheidet er zuerst zwischen essentialistischen und nichtessentialistischen Ideologiebegriffen (Tepe 2012: 13). Der essentialistische Begriff geht hierbei von einem einzigen gültigen Ideologiebegriff aus, welcher alleinige Gültigkeit besitzt und mithilfe dessen alle anderen Definitionen entkräftet werden sollen (vgl. ebd.). Darin erscheint der verwendete Begriff selbst auf eine gewisse Art ideologisch. Nichtessentialistische Ideologiebegriffe gehen von einer Vielfalt der Definitionen aus und sind insofern variabel, dass sie sich unterschiedlichsten wissenschaftlichen Fragestellungen anpassen lassen. Deshalb wird in der folgenden Analyse auch von einem nichtessentialistischen Ideologieverständnis ausgegangen. Daraus ergeben sich folglich diverse Arbeitsfelder mit unterschiedlichen Verwendungen des Ideologiebegriffs. Tepe unterscheidet hier zunächst zwischen den drei Feldern der erkenntniskritischen, weltanschauungsanalytischen und programmanalytischen Ideologieforschung (ebd.: 14ff.). Die erkenntniskritische Ideologieforschung geht von Ideologien als illusorischem bzw. verzerrten Denken aus, dass es zu überwinden gilt, wie beispielsweise das falsche Bewusstsein, das Marx kritisiert. Dies bezeichnet er auch als negativen Gebrauch des Ideologiebegriffs.

„Der negative, kritische Gebrauch versteht unter Ideologie etwas, dessen Vorkommen zu bemängeln ist, d.h. etwas Defizitäres. In der Regel geht es dabei um Defizite der Erkenntnis.“ (ebd.: 14)

In den anderen beiden Arbeitsfeldern hingegen, findet ein neutraler bzw. positiver Ideologiebegriff Verwendung. Dabei untersucht die weltanschauungsanalytische Ideologieforschung, inwiefern Menschen an Ideen- und Wertesysteme und den sich daraus ableitenden Ideologien gebunden sind, und welche Zusammenhänge sich dabei erkennen lassen. Eine Kritik von Ideologien ist hier

trotzdem möglich, jedoch mit dem Ausgangspunkt, dass die Existenz von Weltanschauungen stets gegeben und notwendig ist. Die programmanalytische Ideologieforschung verwendet ihren Ideologiebegriff ebenfalls im positiven bzw. neutralen Sinn. Sie versteht Ideologie jedoch weniger als individuelle Weltanschauung, sondern vielmehr als soziales und politisches Programm, welches ebenfalls stets vorhanden und notwendig ist. Hier finden wir eine ähnliche Unterscheidung zwischen individueller und kollektiver Überzeugung vor, wie sie schon zu Beginn dieses Kapitels bei den Verschwörungstheorien vorgenommen wurde. Und ähnlich wie Groh bei Verschwörungstheorien (s. Abschnitt 3.1), entwickelt Tepe untergeordnete Analysekategorien zur genaueren Betrachtung von Ideologien. Eine Auswahl dieser Kategorien soll im Folgenden kurz beschrieben werden.

Zuerst beschreibt Tepe die Strukturanalyse, die untersucht, auf welchen Grundannahmen eine Ideologie beruht und wie ihre innere Struktur aufgebaut ist (vgl. Tepe 2012: 16). Wie auch Verschwörungstheorien erfüllen Ideologien bestimmte Funktionen für die Gruppen und Individuen, die sie annehmen. Ideologien können dabei z.B. ebenso sinn- und identitätsstiftend wie Verschwörungstheorien agieren. Welche Funktionen sie genau erfüllen, wird in der Funktionsanalyse untersucht (ebd.). Da Tepe jedoch einen weniger historischen Zugang zu Ideologien wählt, fehlen Kategorien wie historische Einordnung, Zeitperspektive und geographische Verortung. Er schlägt stattdessen eine Verwirklichungsanalyse vor, die untersucht, wie Ideologien praktisch in z.B. politischen Institutionen umgesetzt werden.

Das führt zu der Frage, welche Arbeitsfelder und Ideologiebegriffe für das vorliegende Forschungsvorhaben sinnvoll erscheinen. Schließlich gilt es hier das Feld der Ideologieforschung so einzugrenzen, dass sich in diesem begrenzten Umfang stichhaltige Ergebnisse erzielen lassen. Da es sich bei der BDS-Kampagne, die hier den Forschungsgegenstand bildet, um eine politische Kampagne handelt, sollte ein programmanalytischer Zugriff auf deren Ideologien folgen. Bei der Diskursanalyse sollen aber ebenso die Ideen- und Wertesysteme sowie Weltanschauungen betrachtet werden, auf die sich das politische

Programm der Kampagne begründet. Deshalb wird der weltanschauungsanalytische Zugang ebenso berücksichtigt.

Doch warum ist eine Zusammenführung von Verschwörungstheorien und Ideologie für das Forschungsvorhaben überhaupt sinnvoll? Diese Frage wird besonders in der Weltanschauungsanalyse beantwortet werden. Hier wird von folgender Grundannahme ausgegangen:

„Der Mensch hat zum Unterschied von allen anderen Lebewesen als Folge seiner Geist- und Vernunftbegabtheit ein elementares Bedürfnis nach Sinnggebung des persönlichen Lebens und nach Rechtfertigung seines gesamten Verhaltens und Handelns. Er befriedigt dieses Bedürfnis durch Produktionen seiner schöpferischen Einbildungskraft, indem er sich ein vielfältiges Reservoir an Sinnstiftungs- und Rechtfertigungsideen in Form von Mythen, Symbolen, religiösen Vorstellungen, Moralkonzepten, Weltbildern [...] schafft.“
(Salamun 1993: 2)

Die Schaffung von Mythen, Moralkonzepten und Weltbildern, wie sie Salamun hier beschreibt, bildet bei Verschwörungstheorien die strukturelle Grundlage. Um eine nötige Trennschärfe zwischen den Begriffen zu schaffen und die Begriffsverwendung für die folgenden Analysen zu operationalisieren, schlage ich folgende Zusammenfassung vor:

Ideologien bilden Ideen- und Wertesysteme, die zeitweise in politische Programme überführt werden. Verschwörungstheorien basieren auf Ideen- und Wertesystemen, und somit auch auf Ideologien, diagnostizieren aber immer Probleme, die auf eine Verschwörung zurückzuführen sind. Sie schlagen jedoch keine konkreten politischen Programme vor. Da die BDS-Kampagne bestimmte Vorstellungen und Diagnosen eines gesellschaftlichen Problems stellt und daraus politische Handlungsempfehlungen ableitet, werden beide Begriffe in die Analyse einbezogen.

3.3 Elemente des zeitgenössischen Antisemitismus

Schon zu Beginn dieses Kapitels fand der Begriff des Unheils bzw. Unrechts seine Verwendung im Kontext mit dem Forschungsgegenstand. Innerhalb von Verschwörungstheorien wird das Unrecht auf eine Gruppe von Verschwörern zurückgeführt, die aber dort schon bis zu einem gewissen Grad definiert wird. Darin zeigt sich allerdings ein fortgeschrittener Prozess der Erkenntnis einer vermeintlichen Konspiration, dem ein weniger klar umrissenes Ressentiment vorausgeht. Dieser Affekt wird von Philippe Burrin folgendermaßen beschrieben: „Ressentiment ist das Empfinden, Unrecht zu erleiden, um sein gutes Recht betrogen zu werden, begleitet von einem Gefühl der Ohnmacht, so dass man ständig über das Angeblich erlittene grübelt“ (Burrin 2004: 109). Mit dieser Beschreibung des Ressentiments bezog er sich auf ein Mentalitätsmerkmal der Nationalsozialisten, aus dem sich ihr umfassender Judenhas begründete. Bisher blieb hier jedoch im Unklaren, wie sich ein vermeintliches kollektiv erlebtes Unrecht in einen Hass auf Menschen jüdischen Glaubens umdeuten lässt. Wenn Burrin von einem „Empfinden“ spricht, liegt nahe, dass es sich um ein diffuses und gefühlsbezogenes Denkmuster handeln muss, welches aber mitnichten irrational ist. Seine Begründung findet das Denkmuster vielmehr in der Herstellung einer scheinbar natürlichen Ordnung, in der sich das Subjekt innerhalb der Verhältnisse integrieren kann. „Als natürlich gilt das Allgemeine, das, was sich in die Zweckzusammenhänge der Gesellschaft einfügt.“ (Horkheimer/Adorno 1969 [2016]: 188) Der Affekt, aus welchem sich das kollektive Ressentiment entwickelt, ist also eine Reaktion auf die Verunsicherung, die das Subjekt in Anbetracht der eigenen Eingebundenheit in das kapitalistische Warenverhältnis erlebt. Das Kollektiv entwickelt ein „falsches Bewusstsein“ (s. oben) vom Unrecht, das ihm widerfährt. Da das Unrecht aber nicht in den Verhältnissen selbst ausgemacht wird, muss eine Abweichung vom Allgemeinen, etwas, das sich nicht in die Zweckzusammenhänge einfügen lässt, für das Unrecht verantwortlich sein. Womit wieder die Grundlage des konspirationistischen Denkens gegeben wäre. Dass dieses Besondere, das sich gegen die Allgemeinheit verschworen hat, in den Juden ausgemacht wird, stellt eines der ältesten Ressentiments der Menschheitsgeschichte dar.

Da der Antisemitismus „die Dichte einer jahrhundertealten Tradition“ (Burrin 2004: 21) besitzt, kann er hier nicht in all seinen historischen Erscheinungsformen dargestellt werden. Vielmehr wird die ideologische Variabilität des antisemitischen Ressentiments in dessen Ideengeschichte hin zum zeitgenössischen sekundären Antisemitismus beschrieben. Die Veränderung, die der Antisemitismus in den vergangenen Jahrhunderten erfuhr, begründet sich dabei nicht in einer Veränderung des verhassten Objekts, also jüdischen Menschen, sondern vielmehr in den Veränderungen, denen die antisemitischen Subjekte unterworfen waren. Wo der Antisemitismus seine Funktion für die Antisemiten erfüllt, sagt er mehr über die Antisemiten selbst aus, als über ihre Opfer. Stephan Grigat spricht hier von psychischen Bedürfnissen und bewussten wie unbewussten Motiven, welche die Antisemiten verfolgen. „In einer wahnhaften Projektion bekämpfen sie im ‚jüdischen Prinzip‘ und seinen vermeintlichen Verkörperungen gesellschaftliche und individuelle Ambivalenzen, Widersprüche und Krisenerscheinungen.“ (Grigat 2014: 8) Da der Antisemitismus zwar glaubt „die Juden“ als homogene Gruppe ausmachen zu können, sich aber aus eben jenen individuellen Projektionen heraus konstituiert, stellt er ein äußerst vielschichtiges Phänomen dar. Dies erschwert es Akteuren und Institutionen, die gegen Antisemitismus vorgehen wollen, ihn in diversen Situationen erkennen und klar definieren zu können. Um dieser Schwierigkeit zu begegnen, haben Vertreter des *Office for Democratic Institutions and Human Rights* (ODIHR) und des *European Monitoring Center on Racism and Xenophobia* (EUMC) sowie diverse Antisemitismusexperten eine „Arbeitsdefinition“ von Antisemitismus („*Working Definition on Antisemitism*“) formuliert (UEA 2018: 23). Ziel dieser Formulierung war die Schaffung einer verbindlichen Grundlage für die praktische Arbeit von Behörden, Polizei und politischen Akteuren:

„Der Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort und Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.“ (ebd.)

Wo sich der Antisemitismus als eine „Feindschaft gegen Juden als Juden“ (Klug 2004, zit. n. UEA 2018: 24) äußert, basiert er, trotz dieser allgemein gefassten

Definition, auf verschiedenen Denkmustern. Dabei wird zumeist zwischen religiösem, sozialem, politischem, nationalistischem und rassistischem Antisemitismus unterschieden (vgl. ebd.: 25f.). Diese bilden seine klassischen Ideologieformen. Aber auch innerhalb der klassischen Ideologieformen, lassen sich Bedeutungsverschiebungen erkennen. So wurden Juden bis zum Ende des 18. Jahrhunderts ausschließlich durch ihre Religionszugehörigkeit definiert (Globisch 2013: 24). Zur Abgrenzung der christlichen Glaubensgemeinschaft gegenüber der jüdischen Bevölkerung in Europa wurden hier religiöse Motive zu Rate gezogen, um Juden zu diskriminieren. Neben den üblichen Christus- und Ritualmordmythen, die den Juden angedichtet wurden, begründeten sich wechselseitig auch schon soziale Formen des Antisemitismus. Die religiös begründete vermeintliche Andersartigkeit der Juden diente somit immer wieder als Begründung für ihren gesellschaftlichen Ausschluss, welcher wiederum neue Formen antisemitischer Ideologien hervorbrachte. Wo den Juden der Besitz von Boden und Produktionsmitteln verwehrt blieb, wurden sie in die Sphäre der Warenzirkulation (Handel) und abstrakten Eigentums (Geld- und Zinswirtschaft) getrieben. Hieraus entstand das Ressentiment des „Finanzjuden“, welcher im Gegensatz zur produzierenden Bevölkerung durch sein raffendes Wesen Besitz anhäuft, ohne selbst etwas zu schaffen. Dieses Bild, das bis in die heutige Zeit fester Bestandteil antisemitischen Denkens ist, lässt schon in vorkapitalistischer Zeit ein bestimmtes Defizit erkennen, das im Antisemitismus kompensiert wird:

„Der Antisemit zeigt ein prinzipielles Unverständnis für die verschiedenen Formen modernen Eigentums: Geld, Aktien usw.; das sind Abstraktionen, Vernunftwesen, der abstrakten Intelligenz des Semiten verwandt [...] Der Antisemit begreift nur eine Art ursprünglicher und erdverbundener Aneignung [...], er ist der Poet des Grundeigentums.“
(Sartre 1954 [2017]: 18)

Diese Tendenz steigerte sich folglich mit der zunehmenden Einführung der kapitalistischen Produktionsweise im 19. Jahrhundert. Fortan wandelte sich auch der Antisemitismus von einem religiösen und sozialen Ressentiment hin zu einem bürgerlichen Phänomen. Wie die gesamte Gesellschaft wurde auch der Antisemitismus säkularisiert und bekam durch die „Verkleidung der Herrschaft in Produktion“ (Horkheimer/Adorno 1969 [2016]: 182) eine zusätzliche

Notwendigkeit zur Absicherung der kapitalistischen Verhältnisse. Die Verelendung der Arbeiter im frühen Kapitalismus konnte somit auch den Juden als Sinnbild der Moderne und ihrer negativen Begleiterscheinungen, und mit ihm „das ökonomische Unrecht der ganzen Klasse“ (ebd.: 183) angehaftet werden. Paradoxerweise tritt hier zugleich die dritte Ideologieform des Antisemitismus in Kraft: der politische Antisemitismus. So wurden Juden nicht nur als Urheber des Übels auf der Kapitaleseite, sondern ebenso auf revolutionärer Seite vermutet. Hier konnten die Ursachen für den aufkommenden Sozialismus und anderen revolutionären Bewegungen nicht in den zerstörerischen Tendenzen des Kapitalismus ausgemacht werden, sondern in der vermeintlichen zersetzenden Tätigkeit jüdischer Gruppen. Diese Zersetzungen betrafen nicht nur die Produktionssphäre, sondern auch das zweite große bürgerliche Projekt des 19. Jahrhunderts: die Bildung der Nationalstaaten. Wo die Juden seit dem Mittelalter immer wieder gewaltsamen Vertreibungen ausgesetzt waren, konnten sie sich über die vergangenen Jahrhunderte kaum über längere Zeit in einem bestimmten Raum ansiedeln und waren seit jeher mit dem Leben in der Diaspora verbunden: „man ließ ihn keine Wurzeln schlagen und schalt ihn darum wurzellos“ (ebd.: 184). Die Wurzellosigkeit machte die Juden im Bildungsprozess der Nationen der Illoyalität verdächtig. In ihnen wurde „das Dritte“ (vgl. UEA 2018: 26) identifiziert, das sich nicht ins nationale Kollektiv einfügen ließ und somit innerer Feind jeder Nation sein muss. Hierin begründet sich der nationalistische Antisemitismus, der sich im Verlauf des 19. Jahrhunderts kohärent zum Nationalismus weiterentwickelte und schließlich in den rassistischen Antisemitismus mündete. Besonders in Deutschland wurde die Zugehörigkeit zu einer nationalen Gemeinschaft zunehmend als natürlich determiniert angesehen. Daraus entwickelte sich das völkische Verständnis nationaler Zugehörigkeit, das auch den Antisemitismus in seine Ideologie überführte und damit die „jüdische Rasse“ ausgemacht zu haben glaubte. Besonders der Schriftsteller Wilhelm Marr konstruierte in seinem Werk die vermeintliche „semitische Rasse“, der er naturgegebene negative Eigenschaften zuschrieb und als der „arischen Rasse“ unterlegen ansah (vgl. Globisch 2013: 24 und UEA 2018: 26). Er prägte in seinem Wirken auch als einer der ersten den Begriff des „Antisemitismus“ in der Form,

in der er noch heute verwendet wird. Marr vernachlässigte jedoch den Fakt, dass die semitische Sprachgruppe, der er den Begriff entnahm, sowohl Juden als auch Araber umfasste. Ein Fehler, den die Nationalsozialisten versuchten zu verschweigen bzw. durch die Verwendung anderer Bezeichnungen zu vermeiden, da er die Allianzen mit arabischen Gruppen im Nahen Osten belastet hätte (vgl. Porat 2018: 28f.). An das ideologische Geflecht des Judenhasses aus Rasse, Nation und Religion konnten die Nationalsozialisten in den 1920er Jahren anknüpfen und damit den darauffolgenden Massenmord an den europäischen Juden legitimieren.

Die Veränderungen, die antisemitische Weltanschauungen durchlaufen haben, sind nicht isoliert voneinander zu betrachten. Der religiös begründete Antijudaismus des Mittelalters wurde ebenso wenig von der sozialen Judenfeindschaft abgelöst, wie der nationale Antisemitismus nicht durch den rassistischen ersetzt wurde. Die Ressentiments blieben stets im antisemitischen Denken enthalten, veränderten sich aber analog zu den gesellschaftlichen Umständen und wurden von neuen Ausdrucksformen überlagert. Diese „Überlagerungsthese“ sieht den Antisemitismus als Phänomen mit mehreren historischen Schichten, die allerdings stets erhalten geblieben sind (vgl. Globisch 2013: 25).

Auch nach der Niederlage Deutschlands im 2. Weltkrieg und der Erfassung der nationalsozialistischen Verbrechen durch die globale Öffentlichkeit, blieben diese Ideologieschichten erhalten. Auschwitz markierte zwar einen Zivilisationsbruch, welcher durch sein nie dagewesenes Ausmaß menschlichen Vernichtungswillens ein Fortbestehen des Antisemitismus moralisch unmöglich scheinen ließ, hatte aber kein Ende antisemitischen Denkens und Handelns zur Folge. In Deutschland setzte zwar ein inhaltlicher Lernprozess ein, der der Bevölkerung das volle unmenschliche Potenzial des Judenhasses vor Augen führen wollte, doch war diese moralische Verpflichtung oftmals durch strategische Überlegungen zur politischen Rehabilitation Deutschlands geprägt (vgl. ebd.: 41). Der entstehende Anti-Antisemitismus wurde in der Nachkriegszeit gegenüber den Alliierten als Beweis der Überwindung des Nationalsozialismus und der eigenen Unschuld an der Shoa instrumentalisiert. Doch auch hier zeigte

sich die Anpassungsfähigkeit des antisemitischen Ressentiments an die gesellschaftlichen Umstände. „Antisemitismus blieb als bedeutendes Einstellungspotenzial präsent, ohne sich öffentlich stärker zu artikulieren.“ (UEA 2018: 26) Die Antisemitismusforschung spricht an diesem Wendepunkt von der Entstehung eines „sekundären Antisemitismus“ (ebd.). Wo die antisemitische Tat nicht mehr zu rechtfertigen war, verlagerte sich die Judenfeindschaft auf sprachliche Muster. Darin konnte antisemitische Ideologie weiterhin fortbestehen und kommuniziert werden, allerdings über Umwege, da sie im Alltagsbewusstsein und der politischen Agenda diskreditiert war. Damit sich solche Muster weiterhin aufrechterhalten ließen, müssen die darin enthaltenen „Ordnungsgewinne verteidigt und mit Latenzschutz belegt werden“ (Luhmann 1980 zit. n. Globisch 2013: 41). Diese „Kommunikationslatenz“ ist sich der gesellschaftlichen Tabuisierung antisemitischer Äußerungen bewusst und schafft es trotzdem, diese durch eine Veränderung der sprachlichen Bezüge als System aufrechtzuerhalten. Das Latente, also das antisemitische Ressentiment, bleibt unangetastet. Es äußert sich in sprachlichen Bildern, „in denen Juden nicht direkt angegriffen werden, in denen vielmehr unter Berufung auf gesellschaftliche Werte, wie historische Wahrheit oder künstlerische Freiheit, Zweifel an der Richtigkeit und Gerechtigkeit des Geschichtsbildes angemeldet werden“ (Bergmann 1997: 493). Die Funktionalität des Antisemitismus wurde somit um einen entscheidenden Faktor erweitert, der besonders in der heutigen Bundesrepublik Deutschland eine Rolle zur Rechtfertigung judenfeindlicher Positionen spielt: der sogenannte „Schuldabwehr-Antisemitismus“ (UEA 2018: 27). Dieser nutzt historische und politische Bezugssysteme für seinen kommunikativen Umweg. Im Bereich der Geschichtsschreibung werden Aussagen verwendet, die die offizielle historische Darstellung und die damit verbundene Schuld Deutschlands am Holocaust relativieren oder gar komplett leugnen. Hier inszeniert sich der Antisemit als Deutscher, der das Land, und in Folge der nationalen Identifikation auch sich selbst, von der historischen Verantwortung für die Verbrechen losspricht. Dies ist allerdings nur ein Schritt in der Täter-Opfer-Umkehr des sekundären Antisemitismus. Für den zweiten Schritt werden die eigentlichen Täter anhand politischer Deutungen ausgemacht. Hier

bildet Israel das Objekt antisemitischer Projektionen. Indem der jüdische Staat dämonisiert und zahlreichen Verstößen gegen das Menschenrecht bezichtigt wird, lässt sich die Schuld Deutschlands ebenfalls relativieren.¹

An dieser Stelle muss angemerkt werden, dass sich der Antisemitismus in seiner klassischen Form trotzdem erhalten konnte. Besonders in muslimisch geprägten Ländern erfuhr er aufgrund der politischen Aggression gegenüber dem 1948 gegründeten Israel und der Etablierung des Antizionismus einen Aufschwung (s. 4.2). Aber auch in westlichen Ländern überdauerte ein Antisemitismus der sich auf Religion, Rasse und Nation bezog, dieser konnte sich aber in der Mehrheitsgesellschaft nicht durchsetzen. Der aus den Erfahrungen des Holocaust resultierende Konsens der Ablehnung von Antisemitismus wird selten öffentlich infrage gestellt. Jedoch finden Antisemiten in den diskursiven Strategien des sekundären Antisemitismus immer wieder Möglichkeiten, diesen Konsens zu hinterfragen und die Grenzen der Meinungsfreiheit hin zum Ressentiment zu verschieben. So können beispielsweise auch deutsche Politiker wieder judenfeindliche Muster bedienen, wie der Fall von Wolfgang Gedeon zeigt. Dieser ist besonders interessant, da er sowohl die ältesten ideologischen Elemente des Antisemitismus aus dem katholischen Christentum, als auch politische Elemente und sekundären Antisemitismus miteinander vereint. So schrieb er in einer Publikation: „Wie der Islam der äußere Feind, so waren die talmudischen Ghetto-Juden der innere Feind des christlichen Abendlandes“ (zit. n. UEA 2018: 141). Des Weiteren hält er die Schuld Deutschlands am Holocaust für eine „im Wesentlichen vom Zionismus diktierte Version“ und bezeichnet Holocaustleugner als „Dissidenten“ (zit. n. ebd.: 142). Auffällig ist hier, dass Gedeon nicht nur verschiedene Elemente des Antisemitismus reproduziert, er bedient sich ebenso verschwörungstheoretischer Erklärungsmuster, wenn er glaubt ein „jüdisches Weltkollektiv“ oder eine „jüdisch-freimaurerische Verschwörung“ ausgemacht zu haben (ebd.). Diese Verbindung von Verschwörungstheorien und Antisemitismus ist kein ausschließliches Phänomen

¹ Anm.: Die Schuldabwehr stellt nicht die einzige Funktion des israelbezogenen Antisemitismus dar. Auf weitere Funktionen wird in Abschnitt 4.2 dieser Arbeit eingegangen.

des sekundären Antisemitismus, gewinnt aber durch dessen semantische Besonderheiten zunehmend an Attraktivität.

Die verschiedenen Ideologieformen des Antisemitismus treten zumeist nicht isoliert auf, sondern werden von den Antisemiten je nach Bedeutungszusammenhang und Zweckmäßigkeit miteinander zu einer „synkretistischen Totalität“ (Sartre 1954 [2017]: 14) kombiniert. Jede Kombination, die daraus entstehen kann, besitzt das wiederkehrende Muster des manichäischen Weltbildes, worin sie den Verschwörungstheorien gleichen. In den vorangegangenen Ausführungen wurde immer wieder angedeutet, dass für den Antisemitismus verschwörungstheoretische Erklärungsmuster herangezogen werden. Darum möchte ich am Ende dieses Abschnitts eine These aufstellen, die begleitend zur Analyse des Forschungsgegenstands untersucht werden soll: Jede Form des Antisemitismus unterstellt den Juden, sich als homogene Gruppe verschworen zu haben um Anderen zu schaden. Damit erfüllt der Antisemitismus in jeder seiner Ausprägungen die Kriterien einer Verschwörungstheorie. Hier gilt allerdings festzuhalten: nicht jede Verschwörungstheorie ist antisemitisch. Sie birgt lediglich das Potenzial einer antisemitischen Auslegung, wenn es an die Bestimmung der Verschwörer geht, die aber nicht in jedem Fall in den Juden ausgemacht werden. In Bezug auf den Antisemitismus bedeutet dies: „Im gleichen Sinne ist Antisemitismus notwendig manichäisch, während im Manichäismus logisch noch nicht der Antisemitismus enthalten ist“ (Gansinger 2018: 426).

4. Diskursebenen um die Boykottbestrebungen gegen den Staat Israel

Nachdem in dem vorangegangenen Kapitel ein Überblick über die theoretischen Bezugspunkte gegeben wurde, soll nun näher auf die Subjekte des Diskurses eingegangen werden. Die Grundannahme hierbei ist, dass die zu betrachtenden Akteure zwar schon in einem Raum vor dem Diskurs existieren, sich aber als Diskurssubjekte erst innerhalb des Diskurses konstruieren und positionieren. Durch dieses Paradigma lässt sich die gegebene innere Komplexität und äußere Diversität der Akteure für das Forschungsvorhaben sinnvoll eingrenzen. Auch wenn es um die Betrachtung der Subjekte innerhalb des Diskurses geht, möchte ich hier trotzdem den Begriff der Diskursebenen verwenden. Im Begriff stellt sich eine lokale Ordnung dar (vgl. Wrana 2014: 639), die sich aus diversen Subjektpositionierungen ergibt. Subjekte, die also vergleichbare Positionen im Diskurs einnehmen, werden hier auf einer Diskursebene zusammengefasst. Auch dies sorgt für eine forschungspragmatische Eingrenzung des Materials. Dies hat zwar zur Folge, dass besonders der Postkolonialismus nur in Ansätzen beschrieben werden kann, dennoch wird versucht einen kurzen Überblick über seine, mit dem Forschungsgegenstand in Verbindung stehenden, Ausrichtungen zu geben. Zusätzlich bleibt noch anzumerken, dass in diesem Kapitel noch keine Diskursanalyse stattfindet (diese erfolgt anschließend in Kapitel 5). Hier wird zunächst eine inhaltlich deskriptive Betrachtung vorgenommen und in besagte Ordnung überführt.

4.1 Die Kampagne „Boycott, Divestment, Sanctions“

Am 3. Dezember 2018 veröffentlichte die BDS-Kampagne auf ihrer offiziellen Homepage eine Liste mit Erfolgen, die sie in dem Jahr als Resultat ihres Wirkens verbuchte. Diese umfasst unter anderem:

- *„Airbnb decided it would no longer profit from most illegal Israeli settlements on stolen Palestinian land. This followed an international campaign led by the #StolenHomes coalition of organizations affiliated with the BDS movement for Palestinian rights and human rights organizations“*

- „*Ilhan Omar and Rashida Tlaib made history by becoming the first sitting U.S. members of Congress to publicly endorse BDS. [...]*“
- „*Mobilizations across the world convinced Argentina’s national football team, led by Captain Lionel Messi, to cancel its exhibition match with Israel*“
- „*[...] More than 100 DJs and electronic music artists joined the cultural boycott of Israel under #DJsForPalestine*“
- „*Leeds became the first UK university to divest from firms involved in Israel’s arms trade, following a BDS campaign by Palestine solidarity activists. [...]*“
(BDS 2018b)

Anhand der genannten Erfolge lassen sich bereits die grundlegenden Zielsetzungen der Kampagne erkennen: sie setzt sich für einen internationalen Boykott des israelischen Staates und aller Unternehmen und Organisationen ein, die mit ihm in Verbindung gebracht werden. Dieser Boykott ist nicht nur wirtschaftlich ausgerichtet, sondern umfasst auch die Bereiche Wissenschaft, Kultur, Sport und internationale Politik. Das sind jedoch nur die unmittelbaren Ziele. Die langfristigen Ziele, welche die Kampagne verfolgt, erschließen sich bei der folgenden Beschreibung der Entstehungsgeschichte, Hintergründe und Leitlinien der BDS-Kampagne.

Boykottbestrebungen gegen Israel haben in der arabischen Welt eine lange Tradition und reichen sogar in die Zeit vor der Staatsgründung Israels zurück. Beginnend mit verschiedenen Maßnahmen der arabischen Bevölkerung in Palästina in den 1920er Jahren, weitete sich der Boykott jüdischer Waren und Geschäfte in den 1930er Jahren durch zahlreiche arabische Verbände aus (vgl. Feiler 2011: 21ff.). Diese Maßnahmen konnten sich jedoch noch nicht gegen den israelischen Staat wenden, sondern richteten sich zunächst gegen den *Yishuv*, die jüdische Gemeinde im britischen Mandatsgebiet Palästina, die zionistischen Bestrebungen zur Gründung eines jüdischen Staates im Mandatsgebiet und die zunehmende Zuwanderung von Juden aus Europa. 1954 beschloss die Arabische Liga, ein 1945 gegründeter Zusammenschluss von 22 arabischen Staaten zur gemeinsamen Interessenvertretung, das „*Unified Law on the Boycott of Israel*“ um ihren Boykott in allen Mitgliedsländern zu vereinheitlichen, der seit der Gründung Israels 1948 versucht wurde durchzusetzen (ebd.: 24ff.). Bis zum

Osloer Friedensprozess 1996 stellten alle Staaten, bis auf den Libanon und Syrien, ihren Boykott teilweise oder komplett ein, obwohl der Beschluss der Arabischen Liga faktisch bis heute Gültigkeit besitzt (vgl. Weiss 2017). Das Scheitern staatlicher Boykottbestrebungen zur Beendigung des Zionismus, sorgte allerdings in den Folgejahren für eine Verschiebung in den zivilgesellschaftlichen Bereich. Markiert wurde dieser Wandel durch die von der UN einberufene „Weltkonferenz gegen Rassismus, rassistische Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängende Intoleranz“, die 2001 im südafrikanischen Durban abgehalten wurde. Parallel dazu fand in Durban ein internationales NGO-Forum (Non-Government-Organizations) statt, welches das zivilgesellschaftliche Pendant zu der UN-Konferenz darstellte. Die Abschlusserklärung dieses Forums, in dem ähnlich wie in der UN-Generalversammlung eine deutliche Stimmenmehrheit arabischer Staaten herrschte, erklärte Israel zu einem „rassistischen Apartheidstaat“ und bezichtigte es des Völkermords und ethnischer Säuberungen an der palästinensischen Bevölkerung (Feuerherdt/Markl 2018: 253). Demzufolge wurde zu einer „internationalen Anti-Israel-Apartheidbewegung“ aufgerufen, welche die „komplette und totale Isolierung Israels“ zum Ziel haben sollte (ebd.: 254). Die Verurteilung Israels als Unrechtsstaat unter Berufung auf Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht, wird als Resultat dessen auch als „Durban-Strategie“ bezeichnet (ebd.: 256). Kritiker der BDS-Kampagne sehen in der Konferenz von Durban den eigentlichen Ursprung der Kampagne. „Alles, was die Autoren der BDS-Bewegung tun mussten, war, ein paar Wörter dieser Deklaration zu verändern - um sich nicht den Vorwurf einzuheimsen, das Produkt des Durban-NGO-Forums plagiiert zu haben -, und das als Aufruf der palästinensischen Zivilgesellschaft zu verschicken.“ (Rabbin 2014, zit. n. Markl 2017: 54) So veröffentlichten kurz nach der zweiten Intifada, des zweiten palästinensischen Aufstands gegen Israel, welcher von den Palästinensern auch als „Al-Aqsa-Intifada“ bezeichnet wird, 171 NGOs, Gewerkschaften und Interessenverbände, mehrheitlich aus Palästina, am 9. Juli 2005 online den sogenannten „Call for BDS“ (BDS 2005). Schon zu Beginn der zweiten Intifada, nach den gescheiterten Verhandlungen von Camp David im Jahr 2001, gab es

ähnliche Boykottkampagnen. Als erste Kampagne, die aus der westlichen Öffentlichkeit heraus entstand, gilt die „*Boycott Israeli Goods*“-Kampagne (BIG) in England, die unter anderem vom heutigen Vorsitzenden der Labour-Partei Jeremy Corbyn unterzeichnet wurde (Klitz/Klein-Zirbes 2015: 5). Dem folgte auch ein Aufruf zum wissenschaftlichen Boykott Israels und schließlich die Gründung der „*Palestinian Campaign for the Academic and Cultural Boycott of Israel*“ (PACBI) durch den späteren BDS-Miterfinder Omar Barghouti im Jahr 2004. Diese vorangegangenen Bestrebungen konnten schließlich in der Gründung der BDS-Kampagne gebündelt werden. Den Boykottaufruf von 2005 als eine Protesterhebung zu bezeichnen, welche aus dem unterdrückten palästinensischen Volk heraus entstand, ist in Betrachtung der vorangegangenen Maßnahmen allerdings wenig plausibel. In dem bereits erwähnten „*Call for BDS*“, welcher dennoch als Verfasser die „*Palestinian Civil Society*“ angibt und der bis heute als Leitlinie der Kampagne gilt, werden zuerst etliche Missstände und Vergehen an der palästinensischen Bevölkerung durch den israelischen Staat angeprangert. Nach den aktuelleren vermeintlichen Vergehen, wie dem Mauerbau in der Westbank und der Besetzung des Gaza-Streifens, wird Israel generell dafür kritisiert, dass es „auf Land gegründet wurde, das zuvor von seinen palästinensischen BesitzerInnen ethnisch gesäubert wurde“ (BDS 2005, offizielle deutschsprachige Übersetzung von BDS). Des Weiteren wird der israelischen Regierung die „rassistische Diskriminierung von seinen eigenen arabisch-palästinensischen StaatsbürgerInnen“ (ebd.) vorgeworfen. Mit dieser Diagnose steht BDS, laut eigener Aussage, aber nicht allein da. Ferner wird in dem Aufruf festgestellt, „dass seit 1948 hunderte von UN Resolutionen die koloniale und diskriminierende Politik Israels als illegal verurteilt und sofortige, adäquate und effektive Maßnahmen gefordert haben“ (ebd.). Da diese geforderten Maßnahmen aber, laut BDS, noch nicht ergriffen wurden, rufen die „RepräsentantInnen der palästinensischen Zivilgesellschaft, internationale Organisationen und alle rechtschaffenen Menschen“ (ebd.) zur Unterstützung der Kampagne auf. Dieser Aufruf richtet sich im Übrigen auch an alle „gewissenhaften“ Israelis“ (ebd.). Aus der, eingangs erfolgten, Feststellung des Unrechts und dem Aufruf zur Unterstützung im Kampf gegen selbiges, werden

abschließend Forderungen an die israelische Regierung formuliert. Gleichzeitig wird die Drohung ausgesprochen, dass die Maßnahmen der Kampagne so lang aufrechterhalten werden, bis Israel:

„1. Die Besetzung und Kolonisation allen arabischen Landes beendet und die Mauer abreißt; 2. Das Grundrecht der arabisch-palästinensischen BürgerInnen Israels auf völlige Gleichheit anerkennt; und 3. Die Rechte der palästinensischen Flüchtlingen (sic!), in ihre Heimat und zu ihrem Eigentum zurückzukehren, wie es in der UN Resolution 194 vereinbart wurde, respektiert, schützt und fördert.“ (ebd.)

Wie schon bei der anfangs zitierten Aufzählung der Erfolge von BDS klar wurde, zielt die Kampagne darauf ab internationale, möglichst prominente, Unterstützer zu gewinnen. Diese finden sich vor allem im akademischen und kulturellen Bereich.

Bei einer Boykottkampagne liegt zunächst die Assoziation mit einem ökonomisch ausgerichteten Boykott von Waren und Dienstleistungen nahe. Diesem sieht sich die BDS-Kampagne zwar verpflichtet, dennoch lässt sich die reale Unterstützung, die BDS von Konsumenten und Produzenten erfährt, nicht einschätzen. Zwar verbucht BDS die Kennzeichnungspflicht von Waren aus dem Westjordanland, die im November 2015 von der EU beschlossen wurde, für sich. Der Export dieser Waren macht jedoch nur 1% des israelischen Exportvolumen aus (s. Knaut 2017) und die Kausalität zwischen dem EU-Beschluss und BDS ist nicht belegbar. Auch zeigt der Waren- und Investitionsboykott nur geringe Auswirkungen auf die israelische Wirtschaft. Laut einer Studie, die von 2010 bis 2017 durchgeführt wurde, lag der Schaden israelischer Firmen durch Boykott in diesem Zeitraum bei 0,004% ihres Umsatzes (Israelnetz 2018). Auch Schwankungen bei Investitionen, die ausländische Firmen in Israel tätigen, lassen sich weniger auf die Kampagne, als auf Umstände des Kapitalmarktes zurückführen (Glantz 2015).

Die größte Resonanz, die die Kampagne bisher verzeichnen konnte, zeigt sich im akademischen und kulturellen Bereich. Neben prominenten Unterstützern wie Judith Butler, Roger Waters und Desmond Tutu, die die Kampagne direkt befürworteten, zeigte sich ihr Einfluss auch in einer indirekten Unterstützung vieler Künstler, die nach zunehmenden öffentlichen Druck Auftritte in Israel absagten

(BDS 2019a). So kann BDS in Kultur und Wissenschaft wirkungsvolle Öffentlichkeitsarbeit tätigen und verschiedenste gesellschaftspolitische Gruppen mobilisieren. Diese sehen in der BDS-Kampagne eine Möglichkeit ihre politischen Ziele in der Bekämpfung eines konkreten Missstandes zu verwirklichen. Dieser Missstand stellt sich im Staat Israel und seiner, als unterdrückerisch gekennzeichneten, Politik dar. Aus dem BDS- Umfeld entstand so zum Beispiel 2010 die Aktion „*Pinkwashing Israel*“. Diese bezichtigt Israel des „*pinkwashing*“, also einem Engagement für die Rechte queerer Menschen, das aber nicht der Verbesserung der Lebensumstände dieser Personen dient, sondern lediglich die vermeintlich menschenrechtswidrige Politik Israels verschleiern soll (s. *Pinkwashing Israel* 2019a). Aktuell setzt sich die Aktion für einen Boykott des „Eurovision Song Contest“ ein, der 2019, nach dem Sieg der israelischen Interpretin Netta Barzilai im vergangenen Jahr, in Israel stattfinden wird. Barzilai gewann den Wettbewerb 2018 mit einem Song über weibliches *Empowerment*, was für die Aktivisten von „*Pinkwashing Israel*“ ein weiteres Indiz für die Verschleierungstaktik des Staates darstellt (*Pinkwashing Israel* 2019b). Der amerikanische Wissenschaftler und BDS-Unterstützer Sean F. McMahon fasst die kulturellen Boykottbestrebung durch BDS folgendermaßen zusammen: „*The cultural boycott seeks to stop Israel from effectively deploying cultural workers in the service of (re)producing and / or rehabilitating the image of an egalitarian society and democratic polity [...]*“ (McMahon 2014: 69). Folglich zeigen alle Kulturschaffenden, die in Israel tätig werden ohne gleichzeitig eine Kritik an der israelischen Politik zu äußern, ihr Einverständnis mit den politischen Umständen und stehen somit im Dienste der Verbreitung eines positiven Image des israelischen Staates. Um sich dieser Unterstützung entziehen zu können, gibt es laut McMahon nur einen Weg: „*Those sincerely interested in defending Palestinian rights and taking a moral and courageous stance against the Israeli occupation and apartheid should not play Israel, period*“ (ebd.: 70). Der akademische Boykott kann die längste Tradition innerhalb der BDS-Kampagne und die größte aktive internationale Unterstützung verzeichnen. Wie bereits erwähnt, gründete Omar Barghouti bereits ein Jahr vor BDS die „*Palestinian Campaign for the Academic and Cultural Boycott of Israel*“ (PACBI),

die ausschließlich auf kulturellen und wissenschaftlichen Boykott ausgerichtet war und später in die BDS-Kampagne integriert wurde (s. Klitz/Klein-Zirbes 2015: 5). PACBI bezog sich dabei auf einen wissenschaftlichen Boykott, zu dem 2002 von 125 internationalen Wissenschaftlern in der britischen Zeitung *Guardian* aufgerufen wurde (ebd.). Allgemein konstatiert der akademische Boykott die Ausgangslage, dass alle israelischen Universitäten bewusst ein System der Unterdrückung gegen die Palästinenser unterstützen. Sei es durch die Entwicklung militärischer Technologien und Strategien, die Rechtfertigung israelischen Siedlungsbaus, die Rationalisierung sog. „ethnischer Säuberungen“ oder die ethische Begründung von Tötungen durch das israelische Militär (BDS 2019b). Diese vermeintlichen Tätigkeiten gilt es durch einen Boykott israelischer Wissenschaftseinrichtungen zu unterbinden. BDS beruft sich hier bewusst auf den Boykott von Institutionen, nicht einzelner Wissenschaftler und Studierende, womit der Raum für die Unterstützung durch besagte „gewissenhafte Israelis“ (s. oben) geschaffen wird. Dennoch wurden in der Vergangenheit auch Aktionen gegen einzelne Referenten und pro-israelische Studierende durchgeführt (vgl. Collins 2016: 73f.). Besonders in westlichen akademischen Kreisen, wie in den USA und Großbritannien, findet der akademische Boykott großen Anklang. So sprachen sich 2009 etwa 300 studentische Gruppen in den USA offiziell für die Unterstützung des akademischen Boykotts Israels aus (s. Hussein 2015: 161). Der große Rückhalt, den BDS besonders in linken akademischen Kreisen erfährt, lässt sich auch hier weniger an den besonderen Umständen israelischer Politik erklären, sondern vielmehr am ideologischen Hintergrund der Unterstützer. Dieser liefert die Denkmuster und Bezüge, auf denen sich der Diskurs innerhalb der BDS-Kampagne aufbaut. Deshalb wird er im folgenden Abschnitt anhand seiner immanenten Logik näher beschrieben.

4.2 Diskursive Hintergründe: Postkoloniale Identitätskonstruktion und Antizionismus

Zweifelsohne handelt es sich bei der BDS-Kampagne um eine politische Protestbewegung. Damit unterliegt sie auch bestimmten Logiken, die solche Proteste ausmachen. Thorsten Bonacker beschreibt, aufbauend auf die Luhmannsche Systemtheorie, Protest als ein soziales System:

„Er [der Protest] bringt seine Themen selbst hervor, knüpft an früheren Protest an, organisiert sich und bildet Strukturen aus, die die Fortsetzung des Protests wahrscheinlich machen. [...] Wie alles Gesellschaftliche ist auch der Protest ein soziales System, das seine Gegenstände selbst hervorbringt und nicht einfach entdeckt“ (Bonacker 2003: 196).

Wo der Protest seine Gegenstände hervorbringt, tut er dies unter Zuhilfenahme bereits existierender Denkmuster und in Anlehnung an bereits bestehende Protestbewegungen oder in der Vergangenheit durchgeführte Proteste. Anhänger der BDS-Kampagne sehen sich dabei in der Tradition des Postkolonialismus, welcher sich wiederum auf die linke Strömung des Antiimperialismus beruft. In dieser Darstellung können sie ihren Protest in die historische Linie der Kämpfe im spanischen Bürgerkrieg, der Proteste gegen den Krieg in Algerien und Vietnam und den Kampf gegen die Apartheid in Südafrika einreihen (s. Jamjoum 2011: 133). Dieses Muster folgt einem generellen Verständnis der Notwendigkeit von politischem Protest: *„When the powerful turn their backs to justice, when they channel their solidarity to the oppressor, it becomes the task of the powerless to band together and fight for what is right.“* (ebd.). Die Unterscheidung zwischen Unterdrücker („*the oppressor*“) und Unterdrückten („*the powerless*“) ist hierbei elementar und bildet das binäre Verständnis des Antiimperialismus. Dabei werden sowohl binäre Gegensätze zwischen Völkern als auch Klassen ausgemacht und miteinander verbunden. Unterdrückte Klassen werden in bestimmten Völkern definiert, die oftmals in ehemaligen europäischen Kolonien vorgefunden werden, und gegen den Kapitalismus, der sich in den imperialistischen Staaten und Staatenbündnissen manifestiert, verteidigt (vgl. Globisch 2013: 304). Der im Kapitalismus herrschende Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit wird somit in ethnischen Kategorien personifiziert. Somit argumentiert die Kapitalismuskritik im

Antiimperialismus ähnlich, wie jede andere Gesellschaftskritik, die durch das Hinzuziehen von Verschwörungstheorien belegt sein will. Die systemische Ungerechtigkeit wird an einer Gruppe von Personen ausgemacht, in diesem Fall dem Bündnis imperialistischer Staaten, die sich zum Zweck der Profitmaximierung gegen die Staaten der Peripherie verschworen haben (vgl. ebd.: 305). Mit der Dekolonialisierung nach Ende des 2. Weltkriegs fand der Antiimperialismus ein Feld vor, in dem er seine binären Widersprüche politisch verorten konnte. In den Gebieten, die zuvor von europäischen Mächten über Jahrhunderte kolonisiert worden waren, bildeten sich neue nationale Befreiungsbewegungen, die sich für die Loslösung von den ehemaligen Kolonialherren und für die Bildung souveräner Staaten einsetzten. In Verbindung mit anderen zeitgleich auftretenden sozial-revolutionären Strömungen, entstand eine globale antiimperialistische Bewegung (vgl. Mense 2016: 121f.).

Den theoretischen Überbau entwickelte eine globale Theorieströmung, die sich mit den Auswirkungen und Machtverhältnissen des Kolonialismus auseinandersetzte. Was sich zuerst als „Widerstandsform gegen koloniale Herrschaft und ihre Konsequenzen“ (Castro Varela/Dhawan 2015: 16) verstand, entwickelte sich im weiteren Verlauf zu einem umfassenden akademischen Komplex, der in den unterschiedlichsten Disziplinen aufgegriffen und weiterentwickelt wurde. Dem Postkolonialismus eine Komplexitätsreduktion wie dem politischen Antiimperialismus vorzuwerfen, würde den postkolonialen Theorien dabei allerdings nicht gerecht werden. Trotzdem sind auch im Postkolonialismus bestimmte Deutungen vorhanden, die ein solches manichäischen Denken begünstigen, wie zum Beispiel in den Theorien von Edward Said, der als einer der Begründer des Postkolonialismus gilt. Am Beispiel Suids soll aufgezeigt werden, wie der Antiimperialismus und postkoloniale Theorien als Diskurshintergrund gegen den jüdischen Staat fungieren.

Der amerikanische Literaturwissenschaftler Edward D. Said, der aus einer christlich-palästinensischen Familie aus West-Jerusalem stammt, veröffentlichte 1978 sein bedeutendstes Werk „*Orientalism*“, welches oft als Gründungsdokument der *postcolonial studies* bezeichnet wird (vgl. ebd.: 91ff.). Darin beschreibt er die wissenschaftliche Disziplin des Orientalismus als

imperialistische Strategie westlicher Mächte, um zuerst Wissen über die orientalischen Völker zu generieren, welches sie anschließend nutzten um diese zu unterdrücken. In dem Wissen fand keine Repräsentation des Orients, sondern vielmehr seine Konstruktion und Rationalisierung für imperiale Zwecke statt (vgl. ebd.: 99f.). Ganz im Sinne des Antiimperialismus nimmt Said hier bestimmte Homogenisierungen und Totalisierungen, sowohl des Orients, als Teil der Unterdrückten, als auch des Westens, als imperialer Unterdrücker vor (ebd.: 107). Ausgehend vom Diskursverständnis Foucaults analysiert Said wie der akademische Orientalismus die vorherrschenden kolonialen Machtstrukturen rationalisierte. Hier vereinheitlicht er allerdings den westlichen akademischen Diskurs, was ihm von verschiedenen Seiten Kritik an seinem Werk einbrachte. So vernachlässigte er zum Beispiel die Orientalisten, die zwar ein ebenso romantisiertes homogenes Bild des Orients konstruierten, aber nicht im Sinne einer minderwertigen Kultur, die es zu kolonisieren galt, sondern vielmehr einer dem Westen überlegenen älteren Kultur (vgl. ebd.). In seinem späteren Werk „*Culture and Imperialism*“ von 1993 versucht Said zwar kulturelle Differenzen ohne essentialistische Identitätsbestimmungen zu beschreiben, aber der Kulturessentialismus war bereits zu einem weit verbreiteten Schema innerhalb des Postkolonialismus geworden. Folgt man diesem Schema, findet die globale antiimperialistische Bewegung nach dem Sechstagekrieg 1967 einen neuen Antagonismus zwischen einem unterdrückten Volk und imperialistischen Aggressoren vor. Die radikale Linke entdeckte den Antizionismus, also die Ablehnung eines jüdischen Staates, als Ausdrucksform antiimperialistischer Interessen. Zum einen rechtfertigten die staatlichen Gegner Israels ihr militärisches Vorgehen mit antiimperialistischen Parolen, was man an einer Formulierung in Radio Damaskus im Vorfeld des Sechstagekrieges ablesen kann: „Lasst sie wissen, dass wir den letzten imperialistischen Soldaten mit den Eingeweiden des letzten Zionisten aufhängen werden“ (zit. n. Grigat 2014: 23). Diese militärisch aggressive Rhetorik sorgte aber keineswegs für eine Verurteilung dieser Äußerungen durch die westlichen antiimperialistischen Linken. Innerhalb deutscher linker Bewegungen herrschte zwar unmittelbar vor dem Konflikt eine eher solidarische Ausrichtung zur Verteidigung Israels. Diese

wandelte sich aber in kürzester Zeit zum sog. „antiimperialistischen Motiv“, welches Israel als „zionistisches Staatsgebilde und [...] Brückenkopf des US-Imperialismus“ ansah (Kloke 2010: 80). Grund hierfür war der schnelle militärische Sieg Israels, welcher im Verdacht stand, durch den westlichen Imperialismus herbeigeführt worden zu sein. Fortan dominierten innerhalb der radikalen Linken die Sympathien für den palästinensischen „Befreiungskampf“. In einem seiner letzten Flugblätter verkündete der SDS Frankfurt: „Der palästinensische Kampf ist ein Bestandteil des Kampfes aller unterdrückten Völker der Dritten Welt gegen den Imperialismus [...] Nieder mit dem chauvinistischen und rassistischen Staatsgebilde Israel“ (zit. n. ebd.: 82). Auch Edward Said wurde durch die arabische Niederlage im Sechstagekrieg in seinem Wirken geprägt. In seinem Selbstverständnis als Palästinenser im Exil bezog er immer wieder Stellung für arabische Anliegen gegenüber vermeintlichen westlichen Aggressionen. Ebenso war er Mitglied der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), hatte aber ein ambivalentes Verhältnis zu selbiger (vgl. Castro Varela/Dhawan 2015: 141). Dies äußert sich darin, dass er einerseits die historischen Hintergründe der Staatsgründung Israels anerkennt, andererseits aber die Palästinenser als ein durch diese Staatsgründung unterdrücktes Volk charakterisiert. So äußert er: „Wir müssen die Realitäten des Holocaust anerkennen, nicht als einen Blankoscheck für die Israelis, um uns zu missbrauchen, sondern vielmehr als Zeichen unserer Menschlichkeit [...]“ (Said 2001: 285). Auch wenn Said hier aus seinem antiimperialistischen Verständnis keine Ablehnung des israelischen Staates ableitet, zeigt sich auch hier die Ambivalenz des Postkolonialismus im Umgang mit dem jüdischen Staat. Auch hier findet sich das homogenisierende Denkmuster zwischen Unterdrücker und Unterdrücktem wieder. Die Araber, denen sich Said, trotz seiner amerikanischen Staatsbürgerschaft, selbst zurechnet und welche zu den unterdrückten Völkern zählen, sollen durch ihre Anerkennung der Verbrechen gegen die Juden im Holocaust weniger ihre Zustimmung zur Notwendigkeit eines jüdischen Nationalstaates, sondern vielmehr ihre moralische Überlegenheit zum Ausdruck bringen. Diese Moral findet sich auch bei der prominenten Philosophin Judith Butler, die sich regelmäßig auf Said bezieht und eine der bekanntesten

Unterstützerinnen der BDS-Kampagne ist. Ihre Veröffentlichungen, die sich neben Gendertheorien auch mit Macht- und Subjektfragen auseinandersetzen, finden bei Vertretern des Postkolonialismus großen Anklang. Die Prominenz, die Butler in linken und queerfeministischen Kreisen erlangen konnte, sorgte für eine breite Rezeption ihrer Werke, was aber auch zu vielfacher Kritik ihrer Positionen führte. Butler ist sich der Gegenpositionen zu dem antiimperialistischen und antizionistischen Konsens, die dabei eingenommen werden, durchaus bewusst. Sie entgegnet ihnen mit dem Vorwurf, dass ihre Gegner behaupten würden „jegliche Kritik am Staat Israel sei faktisch antisemitisch“ (Butler 2013: 9). Inwiefern der Vorwurf an die Verteidiger der Legitimität des israelischen Staates für die Beschreibung ihrer Kritik hinreichend ist, soll anhand der Beschreibung der zweiten Diskursebene geklärt werden.

4.3 Kritik an israelischer Politik oder „Israelkritik“?

Die zweite Diskursebene, die in dieser Analyse einbezogen werden soll, gestaltet sich, was die Diskurshintergründe angeht, noch heterogener als die zuvor beschriebene. Sie lässt sich deshalb weniger anhand der positiven Positionierungen, als vielmehr anhand der Gegenposition eingrenzen, die sie in Bezug auf Antiimperialismus und Antizionismus einnimmt. Ihre Kritik weitet sich dabei auch auf, immer wieder neu auftretende, Phänomene antizionistischer Solidarität von anderen Gruppen, wie Globalisierungsgegnern, Friedensbewegungen und intersektional feministischen Gruppen, aus. Hierbei muss zwischen liberalen Positionen aus dem bürgerlichen Milieu und kritischen Ansichten, die im Diskurs innerhalb der Linken vertreten werden, unterschieden werden. Grundlegend für beide Positionen ist die Suche nach den Trennlinien zwischen einer Kritik an bestimmten politischen Maßnahmen, die vom israelischen Staat vorgenommen werden, und der generellen Ablehnung des jüdischen Staates. Diese Ablehnung wird von den Kritikern als antisemitisch gekennzeichnet, da sie den jüdischen Staat, wenn nicht als Notwendigkeit für den Schutz jüdischer Menschen gegen einen global auftretenden Antisemitismus, so doch zumindest als eine aus der Shoa resultierende moralische Verpflichtung ansehen. Das Ziel des dabei angestrebten Diskurses

beschreibt der Politikwissenschaftler Stephan Grigat folgendermaßen: „Wo immer es verwirklicht ist, gilt es, gesellschaftliche Verhältnisse herbeizuführen, die ein Mindestmaß an individueller und gesellschaftlicher Selbstreflexion und zu Erfahrung fähiger Mündigkeit aufrechterhalten, um wenigstens die Möglichkeit zu bewahren, den antisemitischen Wahn aufzubrechen, die Antisemiten vor sich selbst erschrecken zu lassen, zur Selbstbesinnung anzuhalten und zur Selbstkritik anzustiften“ (Grigat 2014: 9). Was hier fast wie ein erzieherischer Auftrag gelesen werden kann, stellt die moralische Mindestforderung im Kampf gegen den Antisemitismus dar. Dieser Kampf geht auf die verschiedensten Formen des Antisemitismus und auf jede Kritik am Staat Israel ein. Dabei bemüht er sich stets um die besagte Unterscheidung zwischen politischer Kritik und der Delegitimation Israels. Ein Instrumentarium, welches bei dieser Unterscheidung oft zu Rate gezogen wird, ist der sogenannte „3D-Test, der von dem israelischen Politiker Nathan Sharansky im Zuge weltweiter Kritik an Israel während der zweiten Intifada entwickelt wurde (vgl. ebd.). Im Bewusstsein des weiterhin existierenden Antisemitismus nach dem Holocaust und seiner neuen Äußerungsform im sekundären Antisemitismus (s. Abschnitt 3.3), schlug Sharansky einen Test vor, mit dem anhand der Begriffe Delegitimation, Dämonisierung und doppelten Standards eine legitime Kritik an der israelischen Politik von Antisemitismus unterschieden werden kann:

„The first „D“ is demonization. [...] when Israel's actions are blown out of all sensible proportion; when comparisons are made between Israelis and Nazis and between Palestinian refugee camps and Auschwitz – this is anti-Semitism [...]

The second „D“ is the test of double standards. When criticism of Israel is applied selectively [...]

The third „D“ is the test of delegitimization: when Israel's fundamental right to exist is denied [...]“ (Sharansky 2005: 1)

Dieser Test liefert Stichwörter um zumindest die elementarsten Formen der, in „Israelkritik“ vermittelten, antisemitischen Ressentiments benennen zu können. Er wird allerdings aus wissenschaftlicher Sicht als nicht hinreichend angesehen, um alle Formen des israelbezogenen Antisemitismus kenntlich zu machen (vgl. Grigat 2014: 9). Im 3D-Test zeigt sich, wie in vielen anderen kritischen Äußerungen aus dem bürgerlich liberalen bzw. staatlichen Milieu, die Intention

der Kritiker eine Normalisierung in Bezug auf Israel im Diskurs herstellen zu können. Der jüdische Staat soll im globalen Gebilde der Nationalstaaten anerkannt, und damit auch wie jeder andere Staat behandelt werden. Wo die liberalen Verteidiger Israels ihren Gegnern einen „tugendhaften Antisemitismus“ (Rosenfeld 2018: 61) unterstellen, begründen sie das Existenzrecht Israels aus der moralischen Verpflichtung des Holocaust. Die moralische Verpflichtung ist zwar real gegeben, bietet aber nur eine schwache Grundlage für Kritik. Der „Antisemitismus in moralischer Tarnung“ (Kloke 2010: 76) kann ebenso vorwurfsvoll dagegen argumentieren, wenn er die vermeintlichen Verbrechen der Israelis an den Palästinensern als moralisches Gegengewicht ins Feld bringt. Der angreifbaren Kausalität zwischen Auschwitz und der Notwendigkeit eines jüdischen Staates sind sich linke Kritiker des Antizionismus durchaus bewusst. „Die Zionisten sahen in Auschwitz einen Beweis für die unbedingte Notwendigkeit eines eigenständigen jüdischen Staates, Sozialisten aller Schattierungen interpretierten den Antisemitismus [...] als einen integralen Bestandteil der kapitalistischen Gesellschaft [...], Nationalisten erkannten die Wurzel des Übels im gesellschaftlichen Sonderweg Deutschlands, den die politische Weltgemeinschaft zu korrigieren habe.“ (Claussen 1992 [2018]: 8) Einen Gegenentwurf zum Antizionismus, der sich nicht mit der bloßen Verteidigung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse abfindet, bietet die Kritische Theorie. Mit zunehmender Affirmation des Antizionismus und nationaler Befreiungskämpfe durch die sogenannte „Neue Linke“ ab 1967, entfernte sie sich durch ihren oftmals unreflektierten Aktionismus von den Kritischen Theoretikern, die sie zuvor noch rezipiert hatte. Dieses Zerwürfnis sollte die kommenden Jahrzehnte linker Bewegungen prägen und spiegelt sich bis heute im Konflikt zwischen den beiden Diskursebenen wider, die in diesem Kapitel beschrieben werden.

In der Ausgangslage der Staatsgründung Israels, hätte dieser Staat für Antiimperialisten und Antikolonialisten formal als positives Beispiel für ihren Kampf stehen können. Zum einen existierte ein linkes zionistisches Selbstverständnis, dass sich auch auf antikolonialistische Theorien berief. Zum anderen wurde auch der Staat Israel auf ehemals vom britischen Empire

kolonialisiertem Land gegründet und, insbesondere von afrikanischen Befreiungsbewegungen, als Beispiel für eine erfolgreiche Entkolonialisierung angesehen (vgl. Grigat 2006: 121f.). Nach dem gewonnenen Sechstagekrieg wurde Israel, aufgrund seiner militärischen Stärke, jedoch der Platz unter den unterdrückten Nationen abgesprochen. „Spätestens, seitdem der jüdische Staat nicht mehr als einer von mehreren schwachen Opfern imaginiert werden kann, wird der sogenannte Nahostkonflikt hier meist vereinfacht wiedergegeben: auf der einen Seite der böse, imperialistische, rassistische, kapitalistische Staat und auf der anderen Seite die wehrlosen, unterdrückten und diskriminierten Palästinenserinnen und Palästinenser im Befreiungskampf.“ (Schindler 2017: 186) Sowohl die antiimperialistische Sichtweise, als auch die liberale Sichtweise reißen den israelischen Staat dabei neben einen von vielen Staaten ein. Die einen verorten ihn im Bündnis der Staaten des westlichen Imperialismus, die anderen in der internationalen Staatengemeinschaft. In beiden Zuordnungen tun sich jedoch Widersprüche auf: zum einen wird der Nationalstaat einer seit Jahrhunderten unterdrückten Minderheit den Unterdrückern zugeordnet, zum anderen wird versucht, durch die Gleichsetzung mit anderen Staaten, eine israelische Normalität zu konstruieren, die real nicht existiert, da kein anderer Staat solch permanenten Angriffen auf seine bloße Existenz ausgesetzt ist. Dieser Widersprüche ist sich die Kritische Theorie, in Bezug auf Israel, durchaus bewusst. Dabei ist sie, wenn sie eine affirmative Haltung zu Israel einnimmt, selbst nicht frei von Widersprüchen. In seinem Text „Befreite Gesellschaft und Israel“ (2006) beschreibt Grigat den Widerspruch zwischen dem Ziel der befreiten Gesellschaft, welches Horkheimer und Adorno schon in den 40er Jahren als das Ziel kritischer Theorie deklarierten, und dem Zionismus, der, als Projekt zur Gründung eines Nationalstaates, formal antiemanzipatorisch ist:

„Der Zionismus ist eine Notwehrmaßnahme gegen den Antisemitismus und muss in der Realisierung der Notwehr sich auf die Verfasstheit der Welt positiv beziehen. Er muss sich Staat und Kapitalakkumulation zu eigen machen, will er in einer Welt von Staaten und Kapitalakkumulation bestehen. Kritische Theorie hingegen hält an der Möglichkeit fest, mit der Abschaffung von Staat und Kapital auch die Notwendigkeit des Zionismus aus der Welt zu schaffen.“ (Grigat 2006: 125)

Demzufolge ist der Zionismus kein Unterfangen, das staatliche Gewalt intendiert, sondern vielmehr eines, das Verhältnisse vorfindet, in denen nur durch staatliche Gewalt das eigene Überleben gesichert werden kann. Die daraus entstehende Widersprüchlichkeit wird von den kritischen Theoretikern aber nicht ins Ressentiment gegen Israel gedeutet, sondern in die Notwendigkeit der Abschaffung der bestehenden Verhältnisse. Bezogen auf den sogenannten Nahostkonflikt bemerkte Herbert Marcuse: „Nur eine freie arabische Welt kann neben einem freien Israel bestehen“ (Marcuse 2004: 143). Die Unterdrückung der Palästinenser ist also weniger in der israelischen Politik auszumachen, als vielmehr in den antiemanzipatorischen Elementen des Antisemitismus, gegen den sich Israel verteidigen muss. Der Antisemitismus wiederum, wird als Hass charakterisiert, der sich als „Personalisierung der unsinnlichen Objektivität des Kapitals“ (Saathoff 2017: 194) jederzeit auf die Juden niederschlagen kann. Somit kann er auch nur durch die „Abschaffung von Staat und Kapital“ (s. oben) aus der Welt geschafft werden. Daraus resultiert die Kombination zweier Imperative, denen sich linke kritische Theorie verpflichtet sieht: der Adornosche kategorische Imperativ, „dass alles Handeln so einzurichten sei, dass Auschwitz sich nicht wiederhole“, und dem Marxschen kategorischen Imperativ, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (Grigat 2006: 128). Wird die israelische Politik kritisiert, dann muss sie als Teil der kapitalistischen Verhältnisse kritisiert werden um nicht in eine „Israelkritik“ umzuschlagen, die den Juden ihren Schutz durch einen eigenen Staat innerhalb dieser Verhältnisse absprechen will. Auch der Antiimperialismus will gegen diese Verhältnisse angehen, muss aber, will er sich in dieser Logik dem Antisemitismus entziehen, anerkennen, dass „Israel der bewaffnete Versuch der Juden, den Kommunismus noch lebend zu erreichen“ (Initiative Sozialistisches Forum 2002: 13) ist.

5. Der israelische Staat als Verschwörer - Analyse von Diskursverschränkungen

Nachdem nun die verschiedenen Diskursebenen in Bezug auf die BDS-Kampagne und die ideologischen Hintergründe theoretisch beleuchtet wurden, werden diese Vorbetrachtungen nun auf das Material der Kampagne angewandt. In Kapitel 2 zur Forschungsmethode wurde bereits verdeutlicht, dass sich im Diskurs sowohl Sinngehalte, individuelle Wirklichkeiten, als auch die sprechenden Subjekte konstruieren. Dennoch besteht der Diskurs nicht in einem leeren Raum. Um die Ausgangslage, also den prädiskursiven Raum zu beschreiben, bietet die Marxsche Dialektik einen passenden Ansatz. Dieser bildet die Grundlage für das Forschungsparadigma, auf dem die folgende Analyse aufbaut. In seinem Vorwort zur „Kritik der politischen Ökonomie“ beschreibt Marx seine Umkehr der idealistischen Dialektik Hegels folgendermaßen: „Es ist nicht das Bewusstsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewusstsein bestimmt“ (Marx 1859 [1961]: 9). In der materialistischen Dialektik von Marx ist also die Grundlage in den bestehenden Produktions- und Austauschverhältnissen dargestellt, die das menschliche Denken bestimmen. Diese Verhältnisse existieren bereits, bevor überhaupt ein Diskurs stattfindet. Im selben Zug nimmt Marx allerdings auch schon die Möglichkeit des Diskurses vorweg, wenn er zwischen eben jenen Produktionsbedingungen und den Formen unterscheidet, in denen die aus den Verhältnissen resultierenden Konflikte ausgehandelt werden. Diese Formen fasst er unter dem Prädikat „ideologisch“ zusammen, was sowohl Politik, Gesetzgebung, Kunst und Philosophie beinhaltet (vgl. ebd.) und, die das Bewusstsein der Menschen bzw. die sozialen Gegebenheiten darstellen. Auch das Bewusstsein ist bereits vor dem Diskurs vorhanden, wird allerdings in diesen hineingetragen, beeinflusst ihn und kann durch diesen ebenso wechselseitig beeinflusst werden. Hier beginnt der diskursive Raum. In ihm konstruiert sich im nächsten Schritt mithilfe von Sprache und Zeichen sowohl das Subjekt, als auch seine individuell erfahrene Wirklichkeit. Der Mensch, seine materiellen Grundlagen und sein Bewusstsein existieren zwar vor dem Diskurs, aber erst im Diskurs werden Identitäten und Wirklichkeiten bzw. Sinn fixiert. Im

letzten Schritt führen diese Subjekte, oder auch Akteure des Diskurses, Handlungen aus, die durch den Sinn legitimiert werden. Diese Handlungen können die ökonomische und soziale Grundlage stützen oder reproduzieren, sie können diese aber auch infrage stellen oder beschädigen. Der Prozess läuft also nicht linear, sondern zirkulär ab. Das bedeutet, dass die Handlungen wiederum die Akteure und ihre Wirklichkeiten beeinflussen können, welche von ihnen dann im Diskurs wiedergegeben werden und dadurch das Bewusstsein der Diskursteilnehmer verändern können. Wo in Kapitel 3 die ideologischen Grundlagen bzw. die potenziellen Elemente, aus denen sich das Bewusstsein strukturiert, beschrieben wurden, und anschließend in Kapitel 4 ein Umriss der Ebenen im Diskurs und der Logiken der Diskursteilnehmer gegeben wurde, wird das Material der Kampagne nun induktiv untersucht.

5.1 Boykott oder kulturelle Hegemonie?

Schon in ihrem Gründungsdokument (vgl. BDS 2005) ruft BDS zu expliziten Handlungen gegen den israelischen Staat auf. Das bedeutet, dass nach dem vorangegangenen Modell der Diskurs für die Kampagne bereits abgeschlossen ist, und es in ihren Augen nun Zeit ist, die Verhältnisse der Palästinenser durch Aktionismus zu verändern. In der Analyse wird jedoch versucht, von den konkreten Handlungsanweisungen der Kampagne auf die Akteure, ihre Realitäten und ihre diskursiven Praktiken zu schließen, um somit die immanenten Logiken und Ideologien (wieder) zu erkennen. Im gleichen Zug werden, in Anlehnung an die Hegemoniethorie von Laclau und Mouffe, bestimmte Formen ausgemacht, wie die betrachteten Gegenstände innerhalb des Diskurses in Beziehung zueinander gesetzt werden (vgl. Nonhoff 2007: 178f.).

In Kapitel 4 wurde die Diskursebene der BDS-Kampagne inhaltlich beschrieben. Ebenso wurde dargestellt, dass der wirtschaftliche Boykott, welcher durch die BDS-Kampagne angeregt werden sollte, keine Verbesserungen für die palästinensische Zivilbevölkerung angeregt hat. Vielmehr finden sich Belege, dass der Boykott der palästinensischen Bevölkerung im ökonomischen Sinn eher geschadet hat. So schloss das Unternehmen „SodaStream“, nach Boykottaufrufen im Herbst 2015 eine Produktionsstätte im Westjordanland,

welches von der BDS-Kampagne als widerrechtlich von Israel besetztes Gebiet bezeichnet wird. Dieser Schritt des Unternehmens wurde von der Kampagne als Erfolg verbucht. Allerdings verloren durch die Schließung auch 500 Palästinenser ihren Arbeitsplatz. Diese waren in dem israelischen Unternehmen zu gleichem Lohn wie die israelischen Angestellten beschäftigt, was etwa dem Vierfachen des Durchschnittslohns in den palästinensischen Gebieten entspricht (s. Feuerherdt 2017). Nach der Verlegung der Produktionsstätte in die Negev-Wüste, auf israelischem Staatsgebiet, wurden zwar 74 der palästinensischen Arbeiter wieder eingestellt, aber der überwiegende Schaden ist damit auf Seite der palästinensischen Bevölkerung zu verzeichnen. Diese Widersprüchlichkeit eines Boykotts, der sich für die Rechte der Palästinenser einsetzen will, und diesen dennoch schadet, legt die Vermutung nahe, dass die BDS-Kampagne andere Intentionen als den reinen wirtschaftlichen Boykott verfolgt. In der Darstellung ihrer Entstehungsgeschichte klang bereits an, dass die Kampagne besonders im akademischen und kulturellen Bereich die größten Erfolge verzeichnen kann. Diese lassen sich aber weniger an wirtschaftlichen Bilanzen israelischer Unternehmen bemessen, als vielmehr an einer Veränderung des Diskurses. Aus diesem Grund lautet die These, welche in diesem Kapitel unter anderem geprüft wird, dass die BDS-Kampagne ihren Fokus darauf gelegt hat, eine kulturelle Hegemonie zu erlangen um Israel international zu delegitimieren.

Um die diskursiven Praktiken erfassen zu können, mit denen die BDS-Kampagne die kulturelle und akademische Isolation Israels erreichen will, sollte das Dokument betrachtet werden, in welchem die Richtlinien für einen solchen Boykott bereits vor Bestehen der eigentlichen Kampagne festgehalten wurden. Der BDS- Mitbegründer Omar Barghouti gründete in Anlehnung an akademische Boykottkampagnen, die sich im Zuge der zweiten Intifada in England formierten, 2004 die „*Palestinian Campaign for the Academic and Cultural Boycott of Israel*“ (PACBI) (vgl. Klitz/Klein-Zirbes 2015: 5). Diese Kampagne veröffentlichte die „*Guidelines for the International Cultural Boycott of Israel*“, welche bis heute als Richtlinien für den kulturellen Boykott auf der Homepage von BDS zu finden sind (BDS 2014). Wie auch im „*Call for BDS*“, welcher ein Jahr nach PACBI verfasst wurde, beginnt der Aufruf mit einer Beschreibung der Missstände, wie sie von

der Kampagne in den kulturellen Institutionen Israels ausgemacht werden. Israelische Kulturinstitutionen werden schon in den ersten Abschnitten der Richtlinien explizit als Angriffsziel der Kampagne herausgestellt. Einzelpersonen sollen, laut Richtlinien, nicht zum Ziel der Kampagne erklärt werden. Die vermeintliche Rolle, welche israelische Kultureinrichtungen beim Konflikt mit den Palästinensern spielen, wird dabei von Beginn klar gemacht: „[...] *these institutions are complicit in the Israeli system of oppression [...] Cultural institutions are part and parcel of the ideological and institutional scaffolding of Israel's regime [...]*“ (ebd.). Im Anschluss an diese Diagnose wird klargestellt, dass die Kulturinstitutionen, welche die wenigen „prinzipientreuen“ Künstler Israels zugunsten der zionistischen Hegemonie im Stich lassen, Teil der Unterstützung, Rechtfertigung und des „*whitewashing*“ der israelischen Besatzung und den Rechtsverstößen an den Palästinensern sind (vgl. ebd.). Die besagte „zionistische Hegemonie“ wird folglich durch institutionalisierte Kultur in Israel aufrecht erhalten. Diese Institutionen stellen nach der Hegemoniethorie von Laclau und Mouffe „leere Signifikanten“ dar, welche lediglich der Repräsentation des Zionismus dienen (vgl. Nonhoff 2007: 178). Auch wenn sich Institutionen oder deren Vertreter kritisch zur Politik des israelischen Staates äußern, stellt dies in den Augen von BDS einen Versuch des „*whitewashing*“, also der öffentlichen Verschleierung des Unrechts, dar. Auch wenn konstatiert wird, dass der Boykott institutionell ist und keine Individuen betrifft (vgl. BDS 2014), so können sich die einzelnen israelischen Künstler und Wissenschaftler der Vereinnahmung für die Rechtfertigung der israelischen Politik de facto nicht entziehen. Der von BDS ausgemachten zionistischen Ideologie wird ein Totalitätsanspruch unterstellt, dem sich kein israelischer Staatsbürger entziehen kann. Die Hegemonie, die hier dem Zionismus unterstellt wird, ist dabei vielmehr der diskursive Versuch eine umfassende Repräsentation im Denken der Israelkritiker herzustellen, welche dadurch wiederum hegemonialen Charakter erhält. Wenn zu einem Boykott israelischer Künstler aufgerufen wird, obwohl sich nicht belegen lässt, dass diese allesamt im Dienst des Zionismus stehen, so stellt dies einen Bruch im Diskurs dar. Dieser soll durch den Vorwurf aufgelöst werden, dass die Widerstände, welche sich aus der israelischen Gesellschaft gegen die

Politik des Staates erheben, eine Verschleierungstaktik zur Verbesserung des internationalen Ansehens Israels darstellen. Wie im verschwörungstheoretischen Denken findet sich hier die Logik, dass alles, was der Vorstellung der homogenen Gruppe der Unterdrücker widerspricht, als ein weiteres Indiz für ihre Bestrebungen, ihre wahren Absichten zu verschleiern, gelten muss. Auch die Diversität unter den einzelnen Institutionen wird mit der Feststellung von Verbindungen zwischen selbigen, die eine Maschinerie der kolonialen Unterjochung und Apartheid reproduzieren, negiert („*the inherent and organic links between them which reproduce the machinery of colonial subjugation and apartheid*“, ebd.). Der absolute Wahrheitsanspruch von PACBI wird auch gegenüber Kulturschaffenden geltend gemacht, die ihre Solidarität mit der palästinensischen Bevölkerung zeigen wollen. Hier bedient sich die Kampagne des Bildes einer „Streikpostenkette“ („*picket line*“, ebd.) gegen den unterdrückerischen Staat. Jeder Versuch eines ausgewogenen oder abwägenden Handelns zwischen Israelis und Palästinensern kommt in den Augen von PACBI einem Streikbruch gleich und stellt das falsche Bewusstsein eines Gleichgewichts zwischen Unterdrücker und Unterdrücktem her. Der Dialog mit Israel wird vollständig ausgeschlossen. Diese Abwehrhaltung wiederum stellt die Geschlossenheit des Diskurses innerhalb der Kampagne sicher und hält diesen frei von Widersprüchen. PACBI, und damit auch BDS, bedienen sich darin sowohl des bekannten Manichäismus, als auch der antiimperialistischen Rhetorik, die ihren autoritären Charakter in der Identität als Unterdrückte moralisch rechtfertigt („*authoritative call of the oppressed*“, ebd.). Diese ideologische Darstellung bildet die Einleitung für die spezifischen Richtlinien für den kulturellen Boykott.

Bei der Aufzählung der fünf spezifischen Richtlinien für den kulturellen Boykott wird die binäre Sicht auf den Konflikt durch eine Generalisierung vollständig verdeutlicht. Im ersten Punkt findet eine Umkehr der juristischen Unschuldsvermutung in Bezug auf israelische Kulturinstitutionen statt. Hier wird festgelegt, dass alle diese Institutionen als Teil des vermeintlichen Unterdrückungsapparates gelten müssen, bis sie nicht das Gegenteil bewiesen haben (ebd.). In den darauffolgenden Ausführungen wiederholt sich dann die

Aufzählung, wie genau der Boykott der Institutionen erfolgen soll und welche kulturellen Formen und Praktiken er umfassen soll. Ein Hinweis, wie und durch wen die Einrichtungen von ihrer Komplizenschaft freigesprochen werden können, ist in dem Text nicht zu finden. Dies legt die Schlussfolgerung nahe, dass das Deutungsmuster von PACBI bzw. BDS keine Rehabilitierung israelischer Kulturinstitutionen vorsieht, sondern ihre vollständige Isolation. Diese Logik vertieft sich noch im zweiten und dritten Punkt der Richtlinien, indem festgelegt wird, dass ein Kulturprodukt oder eine Veranstaltung zu boykottieren sei, wenn es im Auftrag einer israelischen Einrichtung entstanden ist oder durch diese unterstützt wurde und somit der „Marke“ Israel oder seinen „Propagandazwecken“ dient (ebd.). Worin sich eine solche Generalisierung dann real ausdrückt, ließ sich 2017 bei dem Berliner „Pop-Kultur Festival“ beobachten. Hier sagten mehrere arabischstämmige Musiker ihre Auftritte ab, da die israelische Regierung die Reisekosten für eine Musikerin aus Tel Aviv übernahm, was dem Festival den Vorwurf einbrachte, dass es durch Israel „mitfinanziert“ sei (Münster 2017). Widersprüchlich zum, eingangs festgelegten, institutionellen Charakter des Boykotts, wird dieser auch auf einzelne Künstler oder Werke erweitert, sobald diese in Israel auftreten wollen oder in Israel veröffentlicht werden sollen (vgl. Kamin 2013). Ebenso sollen israelische Künstler bei internationalen Auftritten boykottiert werden. Auch wenn diese Praxis nicht explizit in den Richtlinien festgeschrieben wurde, ist sie doch in den generalisierenden Zuschreibungen sämtlicher Kultur in und aus Israel durch BDS angelegt. Diese absolute Identifikation der Kultur mit dem Staat entspricht der affirmativen Haltung des Antimperialismus zu Staat und Nation (vgl. Grigat 2006: 121). Jeder künstlerische Ausdruck wird somit zugleich zum Ausdruck des Staatsbürgers. Fehlt in diesem Ausdruck eine Kritik am Staat, so macht er sich verdächtig, die politischen Missstände bewusst zu verschweigen. Nimmt er als Staatsbürger sein Recht auf freie Meinungsäußerung wahr und kritisiert die Politik des Staates, so stellt diese vom Staat geduldete Möglichkeit eine Verschleierung des unterdrückerischen Charakters des Staates dar. Wird die Kritik am Staat von diesem sanktioniert, so bestätigt sich der unterdrückerische Charakter vollends. Für BDS ist es folglich irrelevant, wie sich die israelischen

Akteure im Diskurs verhalten. Das antizionistische Bewusstsein ist an dem Punkt nicht mehr verhandelbar. Der Diskurs ist beendet und die Realitäten verfestigt. Zurückführend auf die These, dass BDS weniger den unmittelbaren Boykott intendiert, sondern vielmehr kulturelle Hegemonie erlangen will um Israel zu delegitimieren, bleibt festzuhalten, dass diese beiden Ziele keinen Gegensatz bilden. Sie stellen vielmehr die Handlungsabfolge der Kampagne dar. Durch wiederholte Aufrufe zum Boykott, wird die vermeintliche Unterdrückerrolle des israelischen Staates in der öffentlichen Wahrnehmung verfestigt und als Realität anerkannt. Der manichäische Gegensatz zwischen unterdrückten Palästinensern und kolonialistischen Israelis ginge in ein Alltagsbewusstsein über, was bedeuten würde, dass die Deutung, wie sie von BDS angeboten wird, kulturelle Hegemonie erlangt hätte.

5.2 Gegen die Normalisierung - die gesellschaftliche Konstruktion der Akteure

Ein Vorwurf, der wiederholt durch BDS gegen verschiedene Akteure in Kultur und Wissenschaft geäußert wird, ist die „Normalisierung“. Dieser Vorwurf beinhaltet sowohl das zuvor beschriebene Muster einer „zionistischen Hegemonie“, als auch jede Form des Dialogs zwischen Israel und der palästinensischen Bevölkerung. Dabei erscheint es zunächst widersprüchlich, dass eine Kampagne, die sich für die Rechte der Palästinenser einsetzen will, einen solchen Austausch verweigert. Wo der Ursprung des erfahrenen Unrechts im israelischen Staat ausgemacht wird, wäre, zumindest theoretisch, auch der Adressat für Forderungen zur Behebung der Missstände im israelischen Staat zu finden. Die Logik eines Boykotts schließt diesen Schritt allerdings aus. Der Boykott ruft nicht die Verursacher zum Handeln auf, sondern außenstehende Dritte, die durch die Verweigerung jedes Austausches den Verursacher schädigen und somit langfristig die Ursache beheben sollen. Ein Dialog ist in diesem Vorgehen nicht notwendig und laut BDS auch nicht erwünscht. Die Gründe hierfür sind in den Konstruktionen der Akteure, die sich innerhalb des Diskurses bewegen, angelegt. Darum soll in diesem Abschnitt die Frage, welche

Subjekte und welche Gegensätze zwischen ihnen im Diskurs geschaffen werden, als Grundlage für die Analyse dienen.

Normalisierung wird von BDS als eine „geistige Kolonialisierung“ („*colonization of the mind*“, BDS 2011) beschrieben, bei der das unterdrückte Subjekt davon überzeugt wird, dass die Realität des Unterdrückers die einzig gültige ist und die Unterdrückung somit einen Normalzustand darstellt. Jeder Austausch, der zwischen den beiden Gruppen stattfindet, kann demzufolge nur der Reproduktion dieses Unterdrückungsverhältnisses dienen. Israels Interesse als Unterdrücker der Palästinenser ist also die Beibehaltung des status quo, und die fortwährende Sorge darum, dass dieser politische Zustand weiterhin als alternativlos anerkannt wird. Folglich muss eine Verschleierungstaktik vorliegen, die dem einheitlichen Willen einer Gruppe entspringt. Dabei leugnet die Kampagne jedoch nicht die Möglichkeit eines Dialogs zwischen der israelischen und palästinensischen Bevölkerung: „*Public debates between Palestinians/Arabs and Israelis are also excluded from the boycott if organized without any cooperation with Israel, its lobby groups, or its complicit institutions*“ (BDS 2014). Jegliche Teilnahme des israelischen Staates an einem Dialog, unabhängig wie sich dieser inhaltlich gestalten möge, wird aufgrund des inhärent unterdrückerischen Charakters des Staates abgelehnt, da dies wieder eine Normalisierung nach sich ziehen würde. Da der Wille zur Marginalisierung der Palästinenser im Staat angelegt ist, kann der Staat auch nur monokausal handeln. Ein Dialog mit Israel würde der Anerkennung der Ziele und einer Legitimation Israels durch BDS gleichkommen. In den vorangegangenen Ausführungen zum konspirationistischen Denken war zu erkennen, dass sich aus der Erkenntnis eines monokausalen Willens die Suche nach dem Wesen der gegnerischen Gruppe ableitet. Wird das Material der BDS-Kampagne einer dekonstruktiven Lektüre unterzogen (s. Wrana 2014: 638), also auf das Ausgeschlossene und Widersprüchliche hin untersucht, so wird augenscheinlich, dass sich der israelische Staat als gegensätzliche Entität zum palästinensischen Volk darstellt. Seine Politik und sein Handeln werden keiner tiefergehenden Analyse unterzogen, sondern aus seinem Wesen selbst heraus erklärt. In dem Gründungsaufwurf von BDS findet sich zwar die einleitende Begründung, dass die Kampagne gegen alle israelischen Gebietserweiterungen,

die nach dem Sechstagekrieg 1967 erfolgten (Ost-Jerusalem, Westbank, Gaza-Streifen, Golanhöhen), protestiert, doch wenige Sätze später, wird die Kritik auf „Israels System“ ausgeweitet und somit gegen den Staat an sich gerichtet (vgl. BDS 2005). Das Unrecht scheint also im Staat selbst angelegt zu sein. Eine eingehende Betrachtung des Systems, welches von der Kampagne kritisiert wird, war bisher nicht zu finden. Die Kampagne kritisiert zwar einzelne Handlungen des Staates, einzelne Firmen, die in Israel produzieren oder investieren, und Veranstaltungen, die in Israel stattfinden, oder Künstler die dort auftreten, lässt aber jede Analyse aus, inwiefern sich die staatliche Unterdrückung erklären lässt und wie sie durch die genannten Aktionen konkret aufrechterhalten wird. Zur Beschreibung des Objekts, welches die Kampagne mit ihrer Kritik adressiert, werden zumeist die Begriffe von Unterdrückung, Apartheid, Rassismus und Kolonialismus zu Rate gezogen, ohne dass diese genau auf den Gegenstand angewandt werden. Sie bilden vielmehr abgeschlossene Attribute des israelischen Staates, die keiner genaueren Erklärung bedürfen, da sie dem Wesen des Staates entspringen und moralisch zu verurteilen sind. Israel kann also innerhalb des spezifischen Diskurses kaum als Subjekt beschrieben werden, da die Inhalte des Diskurses dafür keine ausreichenden Anhaltspunkte liefern. Die Diskursanalyse bietet hier aber eine Möglichkeit die anderen Subjekte beschreiben zu können, die sich in ihm äußern. Seit dem Beginn der Kampagne reklamiert BDS für sich, im Namen der Palästinensischen Zivilbevölkerung zu sprechen (ebd.). Dabei lässt sich am Material, welches die Kampagne produziert, die Konstruktion einer bestimmten Form palästinensischer Identität nachvollziehen. Hierbei nimmt der binäre Gegensatz zwischen Unterdrücker und Unterdrückten ebenfalls eine zentrale Rolle ein. Wo Israel das zu kritisierende unterdrückerische Objekt der Kritik darstellt, bildet die palästinensische Zivilbevölkerung das Subjekt, welches durch seine Marginalisierung zum Handeln gezwungen wird. Ähnlich wie beim Blick auf den israelischen Staat, wird die Vielfalt an Meinungen, politischen Ausrichtungen und Ideologien, die in der palästinensischen Bevölkerung vorhanden sind, zugunsten einer Charakterisierung als Unterdrückte ausgelassen. Die Eigenschaft als Opfer ist die charakteristischste, welche den Palästinensern durch die BDS-Kampagne

zugeschrieben wird. Dabei werden die Palästinenser als Gruppe in erster Linie durch die ethnisch-kulturelle Zuschreibung einer nationalen Identität definiert (vgl. Mense 2016: 49). Zur palästinensischen Nation gehören, laut dieser Zuschreibung, alle arabischstämmigen Menschen, die in dem ehemaligen britischen Mandatsgebiet Palästina leben oder vor der Staatsgründung Israels gelebt haben. Hier wird von einer „arabische[n] Bindung an den palästinensischen Boden durch eine körperliche Verwurzelung“ ausgegangen, „die auf eine rassisch vorgeblich homogene Ahnenreihe verweist“ (Poliakov 1992: 97). Dieses organisch gewachsene Volk Palästinas steht im krassen Gegensatz zum „künstlichen Gebilde“ des israelischen Staats (vgl. Haury 1992: 142), das ihm seine Verwirklichung in einem eigenen Nationalstaat verweigert. Künstlich ist der Staat insofern, als dass seine Bürger scheinbar keine ethnische Verbundenheit zum dem Gebiet vorweisen können und die Staatsgründung nur durch Unterstützung westlicher imperialer Mächte realisiert werden konnte. Den Juden werden die Eigenschaften eines Volkes aberkannt, da sie aus unterschiedlichen Teilen der Welt kommen und sich ihre nationalen Eigenschaften „durch Raub erwerben müssen“ (ebd.: 144). Hier reproduziert sich das antisemitische Ressentiment, welches die Juden als Vertreter von Kosmopolitismus und Wurzellosigkeit kennzeichnet.

Bei der ethnonationalistischen Darstellung, in der die palästinensischen Interessen mit denen einer nationalen Befreiungsbewegung gleichgesetzt werden, wird allerdings der kolonialistische Ursprung des nationalen Territoriums vernachlässigt. So entstanden die heutigen Grenzen Palästinas durch die territorialen Aufteilungen der Kolonialmächte nach Zerfall des Osmanischen Reichs, welches das Gebiet zuvor beherrschte (vgl. Feuerherdt/Markl 2018: 29ff.). Die ethnische Charakterisierung der Palästinenser zeigt sich auch in der Forderung des „Rückkehrrechts“ für palästinensische Flüchtlinge, welche das Gebiet nach der Staatsgründung Israels verlassen haben. Dieses Recht wird nicht nur für die unmittelbar betroffenen Menschen eingefordert, sondern auch für alle ihre Nachkommen und Verwandten, von denen die meisten in anderen Ländern geboren wurden und Palästina noch nie betreten haben. Ihr Status als „Flüchtlinge“ wird somit vererbt und willentlich aufrechterhalten, was weltweit

einzigartig ist (vgl. ebd.: 239ff.). Das Beharren auf dem Rückkehrrecht gründet sich auf Bestrebungen, auf dem Gebiet Palästinas eine arabische Mehrheit anzusiedeln. Damit wäre die Existenz des einzigen mehrheitlich jüdischen Staates auf der Welt durch demographische Verschiebungen beendet. Die Stilisierung der Palästinenser als ein Volk, das zu einem Leben in der Diaspora gezwungen ist, verfolgt das Ziel einer semantischen Täter-Opfer-Umkehr. So kann Israel beschuldigt werden, den Palästinensern dasselbe Unrecht widerfahren zu lassen, von dem die Juden jahrhundertlang betroffen waren. Diese Umkehrlogik ist eine populäre Ausdrucksform des sekundären Antisemitismus, wie er sich auch in den Vergleichen Israels mit dem Dritten Reich äußert.

BDS stellt in seinen Ausführungen fest, dass die Mehrheit der Palästinenser aus Flüchtlingen besteht, welche das ihnen historisch angestammte Gebiet aufgrund einer „ethnischen Säuberung“ durch Israel verlassen mussten (BDS 2019c). Somit konstituiert sich aus den genannten Darstellungen das Bild einer ethnisch homogenen Gruppe, die seit Jahrzehnten Opfer von westlichem Kolonialismus und rassistischer Diskriminierung ist. In dieser Sichtweise finden sich auch Anknüpfungspunkte für Verschwörungstheorien, dass die Staatsgründung Israels Ausdruck einer „zionistisch-amerikanischen Verschwörung gegen die Palästinenser“ (Tibi 1994: 355f.) sei. Diese Theorie findet besonders bei Anhängern des politischen Islamismus Zuspruch und folgt der arabischen Theorietradition einer vermeintlichen westlichen Verschwörung gegen den Islam (vgl. ebd.). Auch in dieser Annahme einer Verschwörung reproduziert sich das manichäische Weltbild, wie es vom Antimperialismus aufgegriffen wird. „Die Versicherungstheorie eines Krieges gegen den Islam produziert ein Narrativ, das einen klaren Täter kennt, den Westen und die Juden, und ein Opfer, die Muslime und die islamische Welt.“ (Rickenbacher 2018: 158) Die prominenteste dieser Verschwörungstheorien, der Al-Aqsa-Mythos, entstand zu Beginn des 20. Jahrhunderts und sah bereits in den Anfängen zionistischer Bestrebungen eine Verschwörung, die sich zum Ziel gesetzt hat, die heiligen Stätten der Muslime zu besetzen und die muslimischen Einwohner aus Palästina zu vertreiben. Diese Darstellung bildet einen elementaren Bestandteil arabischer Ressentiments

gegen Israel und seine westlichen Unterstützer. Auch der Antikolonialismus des Nahen Ostens und seine antiimperialistischen Rezipienten im Westen, wie auch die Theorien Suids (s. 4.2), konnten an dieses Narrativ anknüpfen (vgl. Rickenbacher 2018: 163). Zuletzt bezog sich auch die islamistische palästinensische Gruppe der Hamas auf Verschwörungstheorien. Zum einen legitimiert sie ihren generellen Antisemitismus mit den „Protokollen der Weisen von Zion“, aus denen sie in ihrer Charta direkt zitiert, zum anderen begründet sie die Verschärfung des Kampfes gegen Israel mit dem Al-Aqsa-Mythos (vgl. ebd.: 167). Ähnlich wie BDS, in deren Darstellung der Palästinenser die Hamas trotz ihres Einflusses innerhalb der Bevölkerung keine Erwähnung findet, ordnen sie die Besuche von Juden auf dem Tempelberg einem Bestreben zur Normalisierung zu.

Die Kritik am Normalzustand, welche BDS äußert, entspringt einer bestimmten Intention zur Herstellung einer palästinensischen Identität. So lang die Forderungen der Kampagne nicht vollständig erfüllt sind, sieht sie die Palästinenser in einem vermeintlich erzwungenen Ausnahmezustand. Eine Beendigung dieses Ausnahmezustands soll von der israelischen Regierung durch die Erfüllung der Forderungen herbeigeführt werden. Diese kann aber in den Augen der BDS-Kampagne nur zu ihren Bedingungen geschehen, da alle Abweichungen vom BDS-Programm nur weitere Taktiken Israels zur Herstellung seines „falschen“ Normalzustands darstellen müssen. In dieser Logik lässt sich der absolute Gegensatz zwischen Kolonialisten und Kolonialiserten nur durch die Ermächtigung der Unterdrückten auflösen. Werden die Forderungen dieser imaginierten Gruppe weitergedacht, so ergeben sich irreversible Konsequenzen für Israel, dem der repressive Charakter unterstellt wird. Die Normalität, welche Israel anstrebt, ist das Recht auf staatliche Existenz und Anerkennung mit der Möglichkeit einer Koexistenz mit den Palästinensern. Diese Koexistenz wird zwar nicht von allen Israelis befürwortet, wurde den Palästinensern aber schon mehrfach in Form einer Zwei-Staaten-Lösung, zuletzt bei den zweiten Verhandlungen in Camp David, angeboten. Die palästinensische Autonomiebehörde unter Arafat lehnte dies jedoch ab und reagierte stattdessen mit der zweiten Intifada (vgl. Grigat 2014: 41f.). Folgt man der Argumentation von

BDS, kann es für Palästina keinen Normalzustand geben, so lang ein israelischer Staat existiert. Folglich bleibt nur die Feststellung, dass das Handeln der Kampagne auf die Eliminierung des Objekts seiner Kritik, also dem jüdischen Staat, ausgelegt ist. Nur darin kann der, durch BDS im Diskurs ausgemachte, Gegensatz aufgelöst werden.

5.3 Handlungstheoretisches Definiens

Nachdem die Subjekte und Objekte des Diskurses klarer herausgearbeitet werden konnten, folgt nun die Betrachtung der Handlungsebene. BDS hat als politische Kampagne weniger den Anspruch einer fundierten Analyse der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse. Diesen kann sie, wie schon festgestellt wurde, auch nicht erfüllen. Vielmehr hat die Kampagne das Ziel zum konkreten Handeln aufzurufen. Als Stellvertreter der Unterdrückten, welche keine oder nur geringe Handlungsfähigkeit besitzen, fordern sie die internationale Gemeinschaft zum Handeln auf. Aus dem moralisch wertenden Urteil über die Akteure im Diskurs, folgen die entsprechenden Handlungen, die sich im politischen Engagement manifestieren. Das positive Urteil über die Palästinenser fordert ihre Unterstützung, das negative Urteil über Israel seine Ächtung. Die dreifache Adressierung der Kampagne wird dabei bereits in ihrem Namen deutlich. „Boycott“ spricht jedes einzelne Individuum weltweit an und ermöglicht ihm, in der scheinbar einzigen Sphäre tätig zu werden, in der es im Kapitalismus Handlungsmacht besitzt: dem Konsum. Diese Logik geht davon aus, dass durch eine bewusste Konsumveränderung, oder durch Konsumverzicht, wie im Falle eines Boykotts, gesellschaftliche Missstände behoben werden können. Dass der Boykott hierbei vor allem eine kommunikative Strategie zur Publikation des Unrechts darstellt, wurde bereits in den vorangegangenen Ausführungen bemerkt. Genauso wird hierin aber auch ein Mangel der gesellschaftlichen Analyse der Kampagne sichtbar. Durch seine affirmative Haltung zur kapitalistischen Logik, dass der Mensch nur in seinem Konsum Entscheidungen treffen kann und, dass der Warencharakter, der sämtliche gesellschaftlichen Beziehungen bestimmt, dabei unangetastet bleibt, wird der Ursprung jeder vermeintlichen und tatsächlichen Repression ausgeblendet. Statt einer

analytischen Durchdringung des Objekts, findet ein subjektiver Aktionismus statt, welcher vor allem eine scheinbare Selbstermächtigung bezwecken soll. Ein objektiver Nutzen für die Palästinenser wird darin zwar reklamiert, ist aber, wie sich am Beispiel von „SodaStream“ gezeigt hat (s. Abschnitt 5.1), nur sekundär. Der zusätzliche positive Bezug auf den (palästinensischen) Staat und Nation, wie er im antiimperialistischen Verständnis von BDS erfolgt, stellt den emanzipatorischen Gehalt ihrer Aktionen zusätzlich infrage (vgl. Grigat 2006: 121). Die Boykottaufrufe durch BDS werden von der Kampagne in eine lange Tradition palästinensischer Proteste gegen die jüdische Bevölkerung gestellt (s. BDS 2019d). Diese Darstellung setzt in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts mit einem immanenten Widerspruch an. So wird die britische Besatzung Palästinas mit einer zionistischen Kolonialisierung gleichgesetzt, obwohl die britische Verwaltung stets versuchte die jüdische Einwanderung nach Palästina zu unterbinden um die arabische Bevölkerung zu beschwichtigen. Die Tatsache, dass die Briten die Zuwanderung zu Beginn des zweiten Weltkriegs für jüdische Flüchtlinge praktisch vollständig unmöglich machten, wird von BDS als ein Erfolg des palästinensischen Protests deklariert, was durchaus den historischen Tatsachen entspricht. In der Darstellung fehlt jedoch die Nennung von Ausschreitungen und Pogromen gegen Juden, die den Bestimmungen vorangegangen waren (vgl. Feuerherdt/Markl 2018: 35ff.). Die Erkenntnis, dass es schon vor der Staatsgründung Israels zu Gewalt gegen Juden durch die arabische Bevölkerung kam, ließe sich nicht mit dem Bild des ohnmächtigen unterdrückten Volkes in Einklang bringen. Hinzu kommt, dass die Betrachtung dieser Bestimmungen als Erfolg, im historischen Kontext mehr als zynisch anmutet. Die überwiegende Mehrheit der Juden floh zu diesem Zeitpunkt vor der nationalsozialistischen Machtergreifung nach Palästina (ebd.), was angesichts der Tatsache, dass der Nationalsozialismus schließlich im Massenmord an den europäischen Juden mündete, eine humanitäre Notwendigkeit darstellte. Diese historischen und gesellschaftlichen Kontexte werden im Handeln von BDS jedoch weitestgehend ausgeblendet. Wo das handlungstheoretische Definiens auf eine Selbstermächtigung des betroffenen Subjekts zum Handlungssubjekt abzielt, werden die widersprüchlichen Konsequenzen, die nicht unmittelbar mit der

Selbstermächtigung in Zusammenhang stehen, ignoriert. In der Aufzählung der vermeintlichen Vergehen des israelischen Staates, welche seit seiner Gründung gegen die palästinensische Bevölkerung verübt werden, wird das monokausale Erklärungsmuster des verschwörungstheoretischen Denkens angewandt. So finden sich detaillierte Aufzählungen expliziter Aktionen, die aber immer auf den rassistischen und repressiven Charakter des Staates zurückgeführt werden (vgl. BDS 2019e). Jedes Handeln, kann somit als evident für den Charakter Israels markiert werden und das palästinensische Handlungssubjekt kann daraus seinen Aktionismus legitimieren. Die Möglichkeit einer Legitimation der israelischen Handlungen bleibt ausgeschlossen. Dem kann entgegengehalten werden, dass Israel unmittelbar seit seiner Staatsgründung den Angriffen der arabischen Bevölkerung und seinen Nachbarstaaten ausgesetzt ist und innerhalb des Konfliktes nicht nur partikulare Interessen verteidigen muss, sondern auch seine bloße Existenz. Auch die Hintergründe, welche die Gründung eines jüdischen Staates notwendig machten, werden maximal als Referenz herangezogen, um die israelische Politik mit dem Vorgehen der Nationalsozialisten und den virulenten Antisemitismus mit einer rassistischen Diskriminierung der Palästinenser zu vergleichen. Schon in der grundlegenden Handlungsmaxime von BDS findet sich diese Relativierung: *„BDS is an inclusive, anti-racist human rights movement that is opposed on principle to all forms of discrimination, including anti-semitism and Islamophobia“* (BDS 2018a). Eine Kampagne, die gegen Israel und gleichzeitig gegen Antisemitismus agiert, welcher lediglich als eine weitere Ausdrucksform von Rassismus deklariert wird, lässt durch die Verneinung des besonderen Charakters antisemitischer Ressentiments einen Freiraum im Diskurs. In diesem Raum können Darstellungen des israelbezogenen Antisemitismus anknüpfen, demzufolge die Politik Israels der Grund für einen fortbestehenden Antisemitismus ist, und nicht die antisemitischen Vernichtungsdrohungen der Grund für Verteidigungsmaßnahmen Israels. Der Protest von BDS bezieht sich also auf Israel als Teil der globalen Missstände aber nicht auf die Missstände, in denen sich das Vorgehen Israels begründet. In der Forderung des *„Divestment“* setzt sich die moralische Verklärung kapitalistischer Interessen fort. Hier wird die

individuelle moralische Verpflichtung des Kapitalentzugs vom Konsumenten auf Unternehmen und Investoren ausgeweitet. Diesen wird dabei unterstellt, die Interessen der israelischen Politik zu unterstützen und willentlich zu legitimieren. Das primäre Interesse der Kapitalakkumulation, das die Unternehmen verfolgen, und das sich im israelischen Staat durch die staatliche Sicherung eines Kapitalmarktes ebenso wie in jedem anderen Staat realisiert, wird auch hier weniger systemimmanent, als vielmehr einem partikularen Willen entspringend, betrachtet. Die wirtschaftlichen Akteure werden als Erfüllungsgehilfen der politischen Verschwörer angesehen, die die absolute Handlungsmacht inne haben. Diese können dementsprechend nur durch andere politische Entscheidungsträger an ihrem Vorhaben gehindert werden, was in Form von Sanktionen („*Sanctions*“) gegen den israelischen Staat von der Kampagne eingefordert wird. Die Selbstermächtigung der palästinensischen Zivilbevölkerung soll hier in der Sphäre internationaler Politik ihre abschließende Realisierung finden. Damit stellt sich das handlungstheoretische Definiens der BDS-Kampagne als eine Umkehrung der materialistischen Dialektik dar, indem es die gesellschaftlichen Umstände als Resultat des Willens der Akteure betrachtet und nicht ihre Intentionen als Resultat der gesellschaftlichen Umstände. Ein Boykott kann sich dementsprechend nur am moralischen Empfinden der Akteure abarbeiten. Die gesellschaftlichen Verhältnisse werden von ihm jedoch nicht unmittelbar berührt.

6. Fazit

Auch wenn BDS und seine Organisationsstrukturen vornehmlich auf die Initiative palästinensischer Aktivisten und die Tätigkeit des „*Palestinian BDS National Committee*“ (BNC, s. BDS 2019f) zurückzuführen ist, erlangte die Kampagne vor allem durch seine internationale Unterstützung Bekanntheit. Sie gilt heute als prominentester Ausdruck eines zivilgesellschaftlichen Engagements gegen den israelischen Staat. Ein Engagement gegen repressive Maßnahmen eines Staates, das noch dazu internationale Solidarität erfährt, birgt in sich ein emanzipatorisches Potenzial. Für eine Befreiung von Unterdrückung und Repression ist allerdings die vorangehende Erkenntnis der gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Ursachen der Missstände notwendig. Folgt man der Argumentationslinie von BDS ist die palästinensische Bevölkerung mit Rassismus, Apartheid und kolonialer Unterdrückung konfrontiert, die alle ihre Ursache in der Existenz eines jüdischen Staates haben. Dieser Staat erscheint somit nicht als ein weiterer Nationalstaat, der, wie alle anderen Nationalstaaten, seine Ursprünge in Eroberung, Besetzung und Diskriminierung hat (vgl. Marcuse 2004: 148), sondern als ein Staat, der, um der Unterdrückung willen existiert. Damit konstruiert BDS einen israelischen Sonderstatus, welcher von Israelkritikern weltweit als Deutung übernommen werden kann. In der Analyse wurde deutlich, dass vor allem die antiimperialistische Linke dieses Angebot wahrnimmt. Darin verdeutlicht sich die Krise linker Kritik an den globalen politischen Verhältnissen. Wo sich die alten politischen Gegensätze zwischen sozialistischen und imperialistischen Staaten bzw. die binäre Deutung von starren Identitäten nicht mehr auf die Ambivalenzen der postmodernen Verhältnisse anwenden lassen, bildet Israel die Fläche, auf die die Kritik projiziert werden kann. Als der „Jude unter den Staaten“ (Grigat 2014: 43ff.) verkörpert Israel in diesem Denken alle negativen Konsequenzen einer abstrakten globalen Ordnung. Damit ordnet sich die Israelkritik in die Tradition antisemitischer Projektionen ein. Wo vorher die Juden als Vertreter abstrakter Besitzverhältnisse, Heimatlosigkeit, Mangel an Patriotismus und genereller Andersartigkeit herhalten mussten, so wird nun auch der jüdische Staat als Repräsentant abstrakter

gesellschaftlicher Verhältnisse kritisiert. Der Antizionismus, wie er sich in den Bestrebungen von BDS äußert, ist dabei weniger eine auf einen speziellen Gegenstand bezogene Kritik der Verhältnisse, als vielmehr Bestandteil einer Ticketmentalität, die von der antiimperialistischen Linken verinnerlicht wurde. Diese Mentalität zeigt sich in ihrem positiven Bezug auf Identitäten, die sich als total gerieren. In dem untersuchten Diskurs hat sich gezeigt, dass Israel in ihm nicht als Subjekt vorhanden ist. Diese Subjektlosigkeit wurde von Horkheimer und Adorno als die Grundlage für die Ticketmentalität herausgearbeitet (vgl. Horkheimer/Adorno 1969 [2016]: 210) und von Gansinger auf den Antizionismus angewandt. Dabei beschreibt er die Totalität des „linken Tickets“, welches die scheinbar emanzipatorischen Aktivisten einlösen: „Die Entscheidung, zu den Progressiven zu gehören, schließt die Feinderklärung an den jüdischen Staat mit ein“ (Gansinger 2018: 429). Da Israel im Diskurs aber nur als ein Objekt verschiedener Referenzen existiert, hat der Diskurs vor allem das Ziel die israelkritischen Subjekte herzustellen. Ideologiekritisch betrachtet, dient das antizionistische Ticket vorrangig den Bedürfnissen der Subjekte nach fixierten Identitäten und der Zugehörigkeit zum Kollektiv, sei es als Unterdrückte oder als Fürsprecher der Unterdrückten. Mit der Identifikation, sowohl des Objekts, als auch des Subjekts, können die virulenten Widersprüche des Kapitalismus und die Ambivalenz des Individuums unterdrückt werden. Dabei ist die Sorge um Individuen, die Repression erleben, gerechtfertigt und notwendig. Allerdings vollzieht sich diese Sorge beim Aktivismus der BDS-Kampagne in einer Subsumption des Individuums unter die kollektive Identität. Diese Bestrebungen zur Befreiung negieren sich dabei selbst, indem sie den Menschen wieder unter die kapitalistische Vergesellschaftung unterwerfen:

„Die Gleichgültigkeit gegen das Individuum, die in der Logik sich ausdrückt, zieht die Folgerung aus dem Wirtschaftsprozess. Es wurde zum Hemmnis der Produktion. [...] Ökonomische Rationalität, das gepriesene Prinzip des kleinsten Mittels formt unablässig noch die kleinsten Einheiten der Wirtschaft um: den Betrieb wie den Menschen.“ (Horkheimer/Adorno 1969 [2016]: 212)

Abgesehen von dieser Reproduktion antiemanzipatorischer Verhältnisse, die sich in scheinbar emanzipatorischen Bestrebungen vollzieht, bleibt die Antwort

auf eingangs gestellte Forschungsfrage nach dem antisemitischen und verschwörungstheoretischen Gehalt der BDS-Kampagne unvollständig.

Bei der Betrachtung der Diskursverschränkungen hat sich gezeigt, dass der Antizionismus nicht per se antisemitisch sein muss. Wo der BDS-Kampagne eine Reproduktion der Logiken unterstellt werden kann, die den Antisemitismus wiederholt hervorbringen, so kann man nicht allen Anhängern der Kampagne einen unmittelbaren Antisemitismus zum Vorwurf machen. Da sie allerdings eine Interpretation des Konflikts zwischen Israel und Palästina liefert, deren Framing einen Zusammenhang des jüdischen Staates mit Rassismus und Imperialismus herstellt, lässt sie sich in antisemitische Deutungen integrieren (vgl. Gansinger 2018: 427). Die „mit antisemitismusfreier Intention artikulierte[n] Aussagen“ (Arnold 2015 zit. n. ebd.) bilden trotz allem eine Grundlage für ein Fortbestehen antisemitischer Ressentiments, indem sie das Existenzrecht des jüdischen Staates anzweifeln. Daraus resultieren zweierlei antisemitische Drohungen. Zum einen durch Antisemiten selbst, deren Vernichtungswahn gegen die Juden folglich auch den jüdischen Staat ins Visier nehmen muss, wie es Teile der arabischen Nachbarländer Israels seit Jahrzehnten praktizieren. Zum anderen durch eine identitätspolitische Reproduktion kapitalistischer Verhältnisse, die Israel bezichtigen die Verhältnisse herzustellen, die seine Gründung erst notwendig gemacht haben. Eine solche Umkehr gefährdet den Schutzraum der Juden vor dem globalen Antisemitismus zwar nur innerhalb des untersuchten Diskurses, legitimiert damit aber auch die gewalttätigen Angriffe auf diesen. Ebenso hat die Analyse gezeigt, dass das antisemitische Ressentiment, das sich in den Rahmungen der Kampagne fortsetzt, stets auch das verschwörungstheoretische Denken mitführt. So lange also die BDS-Kampagne international Anhänger findet, setzen sich auch die Möglichkeiten für die Entstehung von antisemitischen Verschwörungstheorien fort. Die mangelhafte Kritik an den bestehenden Verhältnissen, die sich in ihnen äußert, ist einer der Gründe für ihr Fortbestehen. Diese fortbestehende Existenz des Kapitalverhältnisses erfordert auch das Fortbestehen des jüdischen Staates. Schließlich ist der Umschwung in die Barbarei, die sich im Massenmord an den Juden manifestierte, in diesen Verhältnissen mit angelegt, wie Adorno festgestellt

hat. In einer globalen kapitalistischen Gesellschaft aus Nationalstaaten, ist ein wehrhafter jüdischer Nationalstaat folglich die einzig mögliche Versicherung, dass sich Auschwitz nicht wiederholen kann.

Quellenverzeichnis

- Angermüller, Johannes (2014): Diskursforschung als Theorie und Analyse. Umriss eines interdisziplinären und internationalen Feldes. In: Angermüller, Nonhoff, Herschinger et al. (Hrsg.) (2014): Diskursforschung. Ein interdisziplinäres Handbuch, Band 1: Theorien, Methodologien und Kontroversen. Bielefeld: transcript Verlag
- Bergmann, Werner (1997): Antisemitismus in öffentlichen Konflikten. Kollektives Lernen in der politischen Kultur der Bundesrepublik 1949-1989, Frankfurt a. M./New York: Campus
- BDS (2005): <https://bdsmovement.net/call>, Zugriff am: 29.01.2019
- BDS (2011): Israel's Exceptionalism: Normalizing the Abnormal, <https://bdsmovement.net/news/israel's-exceptionalism-normalizing-abnormal>, 31.10.2011, Zugriff am: 23.02.2019
- BDS (2014): PACBI Guidelines for the International Cultural Boycott of Israel, <https://bdsmovement.net/pacbi/cultural-boycott-guidelines>, Zugriff am 29.01.2019
- BDS (2018a): <https://bdsmovement.net/what-is-bds>, Zugriff am: 08.01.2019
- BDS (2018b): <https://bdsmovement.net/news/18-highlights-bds-impact-2018>, Zugriff am: 29.01.2019
- BDS (2019a): <https://bdsmovement.net/cultural-boycott>, Zugriff am 31.01.2019
- BDS (2019b): <https://bdsmovement.net/academic-boycott>, Zugriff am: 31.01.2019
- BDS (2019c): <https://bdsmovement.net/colonialism-and-apartheid/right-of-return>, Zugriff am: 25.02.2019
- BDS (2019d): <https://bdsmovement.net/colonialism-and-apartheid/palestinian-popular-resistance>, Zugriff am: 25.02.2019
- BDS (2019e): <https://bdsmovement.net/colonialism-and-apartheid/israel-and-the-crime-of-apartheid>, Zugriff am: 26.02.2019
- BDS (2019f): <https://bdsmovement.net/bnc>, Zugriff am: 27.02.2019
- Bonacker, Thorsten (2003): Die Ironie des Protests. Zur Rationalität von Protestbewegungen, In: Bonacker, Thorsten; Brodocz, André; Noetzel, Thomas (Hrsg.) (2003): Die Ironie der Politik. Über die Konstruktion politischer Wirklichkeiten, Frankfurt/Main: Campus

- Boycott Israel (2018): Israeli citizens in solidarity with Hiro Kone, September 2018, http://boycottisrael.info/node/356?utm_source=dlvr.it&utm_medium=facebook, Zugriff am: 02.03.2019
- Burrin, Philippe (2004): Warum die Deutschen? Antisemitismus, Nationalsozialismus, Genozid, Berlin: Propyläen
- Butler, Judith (2013): Am Scheideweg. Judentum und die Kritik am Zionismus, Frankfurt/Main: Campus
- Butter, Michael (2018): „Nichts ist, wie es scheint“. Über Verschwörungstheorien, Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung
- Castro Varela, María do Mar; Dhawan, Nikita (2015): Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung, 2. überarb. Aufl., Bielefeld: transcript
- Claussen, Detlev (1992): Versuch über den Antizionismus. Ein Rückblick, In: Poliakov, Léon (1992): Vom Antizionismus zum Antisemitismus, 2. Auflage 2018, Freiburg: ça ira
- Collins, Sean (2016): BDS: Demonising Israel, Destroying Free Speech, In: Slater, Tom (Hg.) (2016): Unsafe Space. The Crisis of Free Speech on Campus, London: Palgrave Macmillan
- Eagleton, Terry (2000): Ideologie. Eine Einführung, Stuttgart/Weimar: Metzler
- Feiler, Gil (2011): From Boycott to Economic Cooperation: The Political Economy of the Arab Boycott of Israel, New York: Routledge
- Feuerherdt, Alex (2017): SodaStream: Tritt in den Allerwertesten der BDS-Bewegung. In: mena-watch online 04.06.2017, <https://www.mena-watch.com/mena-analysen-beitraege/sodastream-tritt-in-den-allerwertesten-der-bds-bewegung/>, Zugriff am: 12.02.2019
- Feuerherdt, Alex; Markl, Florian (2018): Vereinte Nationen gegen Israel. Wie die UNO den jüdischen Staat delegitimiert, Berlin: Hentrich & Hentrich
- Gansinger, Simon (2018): Antizionistische Identität. Der Kampf gegen Israel an US-amerikanischen Campus, In: Grimm, Marc; Kahmann, Bodo (Hg.) (2018): Antisemitismus im 21. Jahrhundert. Virulenz einer alten Feindschaft in Zeiten von Islamismus und Terror, Berlin/Boston: De Gruyter
- Glantz, Moshe (2015): Foreign investment in Israel cut by half in 2014, ynetnews 24.06.2015, <https://www.ynetnews.com/articles/0,7340,L-4672509,00.html>, Zugriff am: 30.01.2019

- Globisch, Claudia (2013): Radikaler Antisemitismus. Inklusions- und Exklusionssemantiken von links und rechts in Deutschland, Wiesbaden: Springer VS
- Grigat, Stephan (2006): Befreite Gesellschaft und Israel. Zum Verhältnis von Kritischer Theorie und Zionismus, In: Grigat, Stephan (Hg.) (2006): Feindaufklärung und Reeducation. Kritische Theorie gegen Postnazismus und Islamismus, Freiburg: ça ira
- Grigat, Stephan (2014): Die Einsamkeit Israels. Zionismus, die israelische Linke und die iranische Bedrohung, Hamburg: KVV konkret
- Groh, Dieter (1992): Anthropologische Dimensionen der Geschichte, 1. Aufl. Frankfurt/Main: Suhrkamp Verlag
- Haury, Thomas (1992): Zur Logik des bundesdeutschen Antizionismus, In: Poliakov, Léon (1992): Vom Antizionismus zum Antisemitismus, 2. Auflage 2018, Freiburg: ça ira
- Hepfer, Karl (2015): Verschwörungstheorien. Eine philosophische Kritik der Unvernunft, Bielefeld: transcript Verlag
- Herschinger, Eva; Nonhoff, Martin (2014): Diskursforschung in der Politikwissenschaft. In: Angermüller, Nonhoff, Herschinger et al. (Hrsg.) (2014): Diskursforschung. Ein interdisziplinäres Handbuch, Band 1: Theorien, Methodologien und Kontroversen. Bielefeld: transcript Verlag
- Horkheimer, Max; Adorno, Theodor W. (1969): Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, 22. Auflage 2016. Frankfurt/Main: S. Fischer Verlag
- Hussein, Cherine (2015): The Re-Emergence of the Single State Solution in Palestine/Israel. Countering an Illusion, London/New York: Routledge
- Initiative Sozialistisches Forum (2002): Der Kommunismus und Israel. In: Ders. (2002): Furchtbare Antisemiten, ehrbare Antizionisten. Über Israel und die linksdeutsche Ideologie. Freiburg: ça ira
- Israelnetz (2018): Wirtschaftlicher Boykotteffekt von BDS überschätzt, Israelnetz 10.11.2018, <https://www.israelnetz.com/politik-wirtschaft/wirtschaft/2018/10/11/wirtschaftlicher-boykotteffekt-von-bds-ueberschaetzt/>, Zugriff am: 30.01.2019
- Jamjoum, Hazem (2011): The Global Campaign for Boycott, Divestment and Sanctions against Israel, In: Hallward, Maria Carter; Norman, Julie M. (Hg.) (2011): Nonviolent Resistance in the Second Intifada. Activism and Advocacy, New York: Palgrave Macmillan

- Kamin, Debra (2013): Rihanna and Other Artists Who Play Israel Feel the Pressure, In: Variety online, 16.10.2013, <https://variety.com/2013/biz/global/rihanna-and-other-artists-who-play-israel-feel-the-pressure-1200729050/>, Zugriff am: 23.02.2019
- Klitz, Walter; Klein-Zirbes, Nicolas (2015): Boykott des Friedens: Die BDS-Bewegung und der Westen, In: Hintergrund: Israel & Palästinensische Autonomiegebiete Nr. 61 / Oktober 2015. Potsdam: Friedrich Naumann Stiftung für die Freiheit
- Kloke, Martin (2010): Israelkritik und Antizionismus in der deutschen Linken: ehrbarer Antisemitismus?, In: Schwarz-Friesel, Monika; Friesel, Evyatar; Reinharz, Jehuda (Hg.) (2010): Aktueller Antisemitismus – ein Phänomen der Mitte, Berlin/New York: De Gruyter
- Knaul, Susanne (2017): Boykottfreunde werden abgewiesen, taz-online 07.03.2017, <http://www.taz.de/!5386384/>, Zugriff am: 30.01.2019
- Marcuse, Herbert (2004): Nachgelassene Schriften. Bd. 4: Die Studentenbewegung und ihre Folgen. Springer: zu Klampen
- Markl, Florian (2017): Der Ursprung der Israel-Boykottbewegung, In: sans phrase - Zeitschrift für Ideologiekritik, Heft 11, Herbst 2017, Freiburg: ça ira
- Marx, Karl (1859): Zur Kritik der politischen Ökonomie. In: Marx Engels Werke Bd. 13 (1961), Berlin: Dietz
- Mayroth, Natalie (2018): Shit is fucked. DJ-Boykott in Clubszene, In: taz online, 23.09.2018, <http://www.taz.de/!5535187/>, Zugriff am: 02.03.2019
- McMahon, Sean F. (2014): The Boycott, Divestment, Sanctions campaign: contradictions and challenges, In: Race & Class 55, S. 65-81, Los Angeles: SAGE Journals, <https://doi.org/10.1177%2F0306396813519939>
- Mense, Thorsten (2016): Kritik des Nationalismus, Reihe theorie.org, Stuttgart: Schmetterling Verlag
- Münster, Ken (2017): Pop-Kultur ohne arabische Bands, In: Tagespiegel online, 17.08.2017, <https://www.tagesspiegel.de/kultur/pop-kultur-ohne-arabische-bands-klaus-lederer-findet-festival-boykott-widerlich/20198068.html>, Zugriff am: 23.02.2019
- Nonhoff, Martin (2007): Politische Diskursanalyse als Hegemonieanalyse, In: Nonhoff, Martin (Hg.) (2007): Diskurs, radikale Demokratie, Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. Bielefeld: transcript

- Pfahl-Traugber, Armin (2002): „Bausteine“ zu einer Theorie über „Verschwörungstheorien“: Definition, Erscheinungsformen, Funktionen und Ursachen, In: Reinalter, Helmut (Hg.) (2002): Verschwörungstheorien: Theorie – Geschichte – Wirkung. Innsbruck: Studien Verlag
- Pinkwatching Israel (2019a): <http://www.pinkwatchingisrael.com/about-us/>, Zugriff am: 31.01.2019
- Pinkwatching Israel (2019b): <http://www.pinkwatchingisrael.com/portfolio/boycott-eurovision-in-israel-and-tel-aviv-pride/>, Zugriff am: 31.01.2019
- Poliakov, Léon (1992): Vom Antizionismus zum Antisemitismus, 2. Auflage 2018, Freiburg: ça ira
- Porat, Dina (2018): Definitionen des Antisemitismus. Kontroversen über den Gegenstandsbereich eines streitbaren Begriffs, In: Grimm, Marc; Kahmann, Bodo (Hg.) (2018): Antisemitismus im 21. Jahrhundert. Virulenz einer alten Feindschaft in Zeiten von Islamismus und Terror, Berlin/Boston: De Gruyter
- Reckwitz, Andreas (2003): Die Krise der Repräsentation und das reflexive Kontingenzbewusstsein. Zu den Konsequenzen der post-empiristischen Wissenschaftstheorien für die Identität der Sozialwissenschaften, In: Bonacker, Thorsten; Brodocz, André; Noetzel, Thomas (Hrsg.) (2003): Die Ironie der Politik. Über die Konstruktion politischer Wirklichkeiten, Frankfurt/Main: Campus
- Rickenbacher, Daniel (2018): Der „jüdisch-westliche Krieg gegen den Islam“ - Genealogie und Aktualität einer Verschwörungstheorie, In: Grimm, Marc; Kahmann, Bodo (Hg.) (2018): Antisemitismus im 21. Jahrhundert. Virulenz einer alten Feindschaft in Zeiten von Islamismus und Terror, Berlin/Boston: De Gruyter
- Rosenfeld, Alvin H. (2018): Was ist „Israelkritik“?, In: Grimm, Marc; Kahmann, Bodo (Hg.) (2018): Antisemitismus im 21. Jahrhundert. Virulenz einer alten Feindschaft in Zeiten von Islamismus und Terror, Berlin/Boston: De Gruyter
- Saathoff, Dierk (2017): Wer ist schon für Kolonialismus? Die Politik des guten Gewissens im queeren Aktivismus. In: L'amour Lalove, Patsy (Hg.) (2017): Beissreflexe. Kritik an queerem Aktivismus, autoritären Sehnsüchten, Sprechverboten. Berlin: Querverlag
- Said, Edward (2001): The End of the Peace Process: Oslo and After, New York: Vintage

- Salamun, Kurt (1992): Ideologien und Ideologiekritik. Ideologietheoretische Reflexionen, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft
- Salzborn, Samuel (2016): Verschwörung statt Verstand: die antisemitische Konstruktion der „Sayanim“, In: Audiatur online, 19.12.2016, <https://www.audiatur-online.ch/2016/12/19/verschwoerung-statt-verstand-die-antisemitische-konstruktion-der-sayanim/>, Zugriff am 03.03.2019
- Sartre, Jean-Paul (1954): Überlegungen zur Judenfrage, 3. Auflage 2017, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt
- Schindler, Frederik (2017): „Pinkwashing“. Das queere Ressentiment gegen Israel, In: L'amour Lalove, Patsy (Hg.) (2017): Beissreflexe. Kritik an queerem Aktivismus, autoritären Sehnsüchten, Sprechverboten. Berlin: Querverlag
- Sharansky, Nathan (2005): 3D Test of Anti-Semitism: Demonization, Double Standards, Delegitimization, In: Jewish Political Studies Review 17, S. 1-2, Jerusalem: Jerusalem Center for Public Affairs
- Stäheli, Urs (2000): Poststrukturalistische Soziologien, Bielefeld: transcript Verlag
- Tepe, Peter (2012): Ideologie, Berlin/Boston: De Gruyter
- Tibi, Bassam (1994): Die Verschwörung. Das Trauma arabischer Politik, 2. überarbeitete Auflage, München: Deutscher Taschenbuch Verlag
- Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus (UEA) (2018): Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen, Berlin: Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat
- Wedl, Juliette; Herschinger, Eva; Gasteiger, Ludwig (2014): Diskursforschung oder Inhaltsanalyse? Ähnlichkeiten, Differenzen und In- / Kompatibilitäten, In: Angermüller, Nonhoff, Herschinger et al. (Hrsg.) (2014): Diskursforschung. Ein interdisziplinäres Handbuch, Band 1: Theorien, Methodologien und Kontroversen. Bielefeld: transcript Verlag
- Weiss, Martin A. (2017): Arab League Boycott of Israel, Washington D.C.: Congressional Research Service
- Wrana, Daniel (2014): Zum Analysieren als diskursive Praxis, In: Angermüller, Nonhoff, Herschinger et al. (Hrsg.) (2014): Diskursforschung. Ein interdisziplinäres Handbuch, Band 1: Theorien, Methodologien und Kontroversen. Bielefeld: transcript Verlag

Ehrenwörtliche Erklärung

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende Abschlussarbeit selbstständig angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche einzeln kenntlich gemacht. Es wurden keine anderen als die von mir angegebenen Quellen und Hilfsmittel (inklusive elektronischer Medien und Online-Ressourcen) benutzt.

Die Arbeit wurde bisher keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch nicht veröffentlicht.

Ich bin mir bewusst, dass eine falsche Erklärung zur Note „ungenügend“ führt und rechtliche Folgen nach sich ziehen kann.

Halle (Saale), den 05.03.2019

Jan Batzer